SEPTEMBER 2005

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

59.(74.) JAHRGANG

SCHWERPUNKT
Bachelor, Master und das Lehramtsstudium
SEITE 6

STANDPUNKT
Die im Dunkeln kann man sehen
SEITE 3

Maulkorb für Schulleitungen
SEITE 15

Gruppen-Casting 2005
SEITE 18

Jahrgangsübergreifendes Lernen
SEITE 22

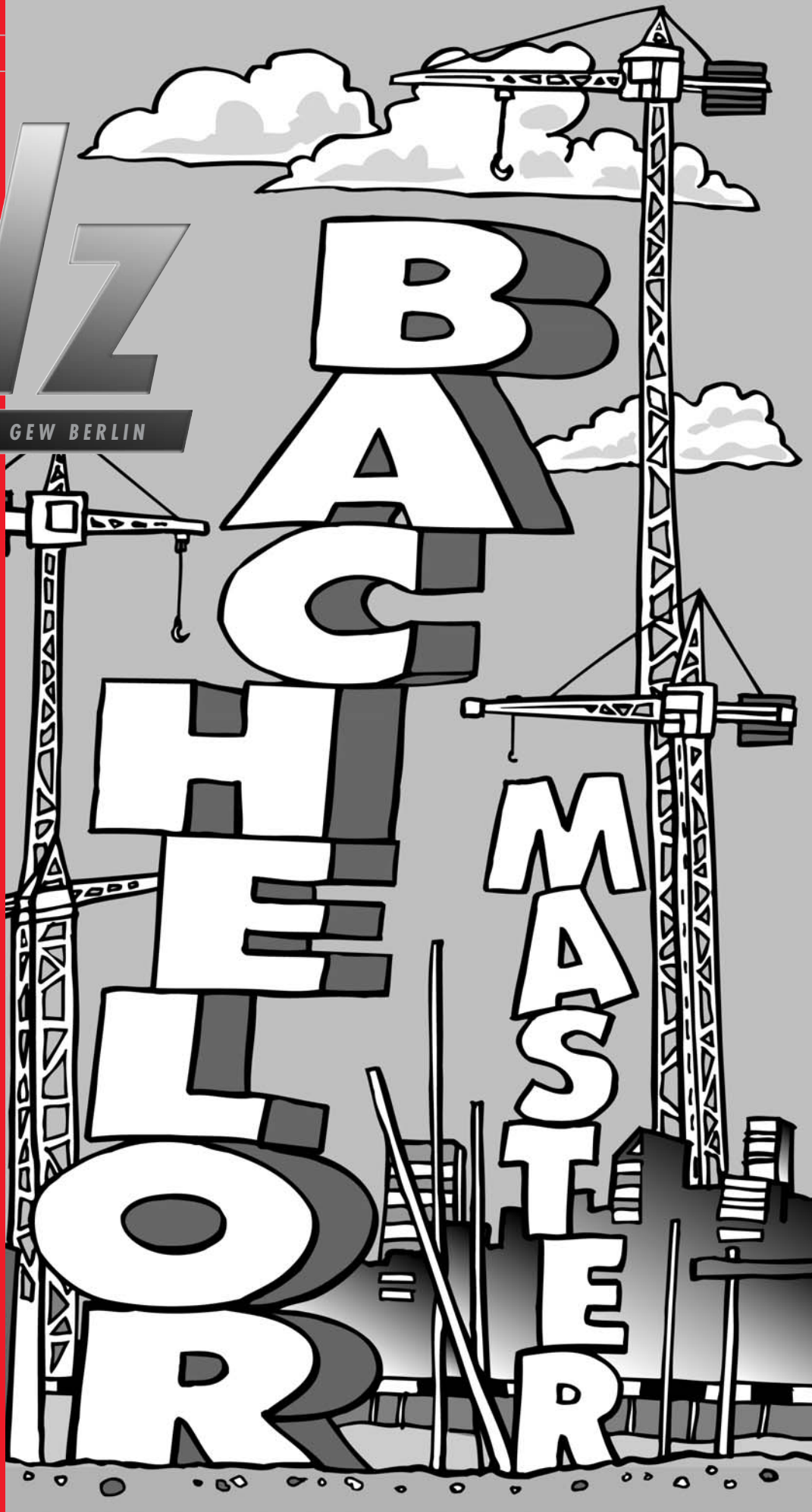


ILLUSTRATION: DIETER TONN

ÜBRIGENS

Gut, dass der Senat noch in den Sommerferien ein Einsehen hatte und doch noch eingestellt hat – wenn auch in einem fragwürdigen Verfahren. Die sonst fällig gewordene Katastrophe an den Schulen wäre den politisch Verantwortlichen spätestens bei den Wahlen auf die Füße gefallen.

Ein Aufruf an alle, die in den Journalismus wollten, bevor sie PädagogInnen wurden: Die Redaktion der blz bietet euch ein Seminar zum journalistischen Schreiben am 20. September – für Kurzentschlossene ein letzter Aufruf. Einfach in der Geschäftsstelle melden.

Werden wir den großen Wechsel in der Politik erleben oder nicht? Aufklärung wird nicht der Abend des 18. September geben, sondern die Wundertüte der politischen Entscheidungen im Anschluss. Trotzdem wünschen wir allen schöne Wahlparties. *Sigrid*

Redaktionsschluss blz 10: 2. September 05
Redaktionsschluss blz 11: 16. September 05

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:
Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung und Schlussredaktion), Beate Frilling, Andreas Kraft, Günter Langer, Bettina Liedtke, Pit Rulff, Ralf Schiweck, Andreas Schmidt, Folker Schmidt.
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik,/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:
Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 6, 10587 Berlin

ISSN 0944-3207 9/2005: 22.000

INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion |

SCHWERPUNKT

6 Baustelle Lehramtsstudium — Folker Schmidt
7 Neu und ungewiss — Michael Martin
8 Lehramt bolognese — Karin Gavin-Kramer
11 Eckpunkte der Ausbildung — Diana Greim
13 Sackgasse Lernassistent — Matthias Jähne
14 Probieren geht über Hospitieren — Anne Wüstemann

RECHT & TARIF

15 Maulkorb für Schulleitungen — Klaus Will
16 „Warum wollen Sie an unserer Schule arbeiten?“ — Laura Tirone
18 Gruppen-Casting 2005 — Holger Dehring
19 Schulleitung ohne Personalvertretung — Knut Langenbach
20 Neues Steuerrecht für Renten — Werner Golmer

SOZIALPÄDAGOGIK

21 Zwei Seelen in meiner Brust — Grete Voss

SCHULE

22 Aus zwei mach drei — Hildegard Greif-Groß
25 Dicke Luft in Klassenzimmern — Thomas Haudel
27 Wie läuft das neue Schuljahr? — Peter Sinram

GEWERKSCHAFT

28 Arbeitslosen-Seminar — Ali Fatha
29 Seminarreihe Politökonomie — Hartmut Schurig

EUROPA

30 Die Oder überqueren — M. Felgner/C. Hamann

SERVICE

31 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

Diesem Heft ist ein Prospekt des Reiseveranstalters IFA-Hotels beigefügt.

LEUTE

Felix Schlechter und ***Ursula Erpe*** dürfen den von der *Berliner Morgenpost* verliehenen Titel „Lehrer des Jahres 2005“ tragen. Schlechter ist Lehrer am Reinickendorfer Romain-Rolland-Gymnasium, Erpe unterrichtet an der Treptower Bouché-Grundschule. Bei dem Wettbewerb um dem Titel werden Schüler aufgerufen, ihre Lieblingslehrkraft zu benennen. Eine Jury ermittelt dann die Preisträger, die als Belohnung 500 Euro für die Klassenkasse erhalten. Zur Jury gehörten unter anderem Klaus Böger, FU-Präsident Dieter Lenzen und Landeselternsprecher André Schindler.

Klaus Böger auf der Pressekonferenz zum neuen Schuljahr: „Der Kampf darum, den Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache die besten Chancen zu geben, den haben wir noch gar nicht begonnen.“ Mit „wir“ meint er wohl sich selbst (Pluralis Majestatis), denn zahlreiche Schulen bemühen sich schon lange darum – leider oft ohne ausreichende Unterstützung des Bildungssenats.

Konrad Rieks arbeitet bei der Senatsbildungsverwaltung in der Projektgruppe Personalmanagement. Das hält er aber nicht für erwähnenswert in seinem Leserbrief an den *Tagesspiegel*, in dem er eine Mutter kritisiert, die sich in der Zeitung darüber beschwert hatte, dass die Klassenlehrerin ihrer Kinder an eine andere Schule versetzt wurde. Sie solle ihre Aktivitäten mehr pädagogischen Grundsatzfragen widmen und hinterfragen, ob der Wechsel einer Bezugsperson nach drei Jahren gemeinsamer Grundschulzeit nicht angemessener sei, als sich der Wirklichkeit zu verschließen, weist Rieks in seinem Brief die Mutter zurecht. Dass er für diese Wirklichkeit mit verantwortlich ist, verschweigt er schamhaft.

Lehrer Schmick ist doch nicht rechtsradikal, titelt die *Berliner Zeitung* ihren Bericht über den Freispruch des Steglitzer Geschichtslehrers Mitte Juni beim Verwaltungsgericht Berlin. Schmick ist seit dem Jahr 2000 vom Dienst suspendiert wegen des Vorwurfs, er leugne den Holocaust und relativiere den Nationalsozialismus. Das Verfahren gegen Schmick war aufgrund von Elternbeschwerden eingeleitet worden. Ob der Bildungssenator gegen das Urteil Berufung einlegt, ist noch nicht entschieden.

FOTO: DGB/DANIEL ROSENTHAL

Die im Dunkeln kann man sehen

Zur Bundestagswahl am 18.September.

von Michael Sommer, Vorsitzender des DGB

Wer wissen will, warum die Stimmung im Land ist, wie sie ist, darf seinen Blick nicht allein auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft konzentrieren. Im Eifer des Exportwettlaufs hat ein großer Teil der politischen Klasse leider den Blick für die Würde der Menschen verloren. Wer also verstehen will, warum die Stimmung im Land ist, wie sie ist, muss seinen Blick auch für die soziale Lage schärfen. Nur wer sich ehrlich macht, der kann als Politiker auch die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Wer dagegen in der Unwahrhaftigkeit weiterlebt oder gar die Realitäten verneint, der muss auf Dauer scheitern.

Ein Beispiel: Seit Januar haben wir es uns angewöhnt, von „rund fünf Millionen registrierten Arbeitslosen“ zu reden. Die Zahl wäre eigentlich schon schrecklich genug. Die Wahrheit ist schlimmer: Im vergangenen Jahr meldeten sich 8,1 Millionen Menschen als erwerbslos. 8,1 Millionen Menschen machten die entwürdigende Erfahrung, dass das, was andere (noch unzureichende) Flexibilität nennen, ihre Existenz in Gefahr bringt. Knapp 8 Millionen Menschen fanden einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit, aber Millionen Langzeitarbeitslose blieben in der Statistik chancenlos hängen. Und es werden immer mehr: Millionen Menschen leben nicht mehr in, sondern ausgegrenzt am Rande der Gesellschaft.

Noch ein Beispiel: 2,5 Millionen Menschen leben von weniger als der Hälfte des Durchschnittsbruttolohnes, verdienen also weniger als 1200 Euro. Noch einmal gut fünf Millionen müssen mit weniger als drei Viertel des Durchschnittseinkommens über die Runden kommen. Das ist ein schwieriges Leben, wenn man Euro und Cent ständig umdrehen muss. Es sind diese 7,5 Millionen KollegInnen, ihre Angehörigen nicht mitgezählt, die den überwiegenden Teil jener acht Millionen Menschen stellten, die vergangenes Jahr von den Unternehmen zum Stempeln geschickt wurden. Es sind diese Menschen, die sich ausweislich des Mikrozensus seit Jahren schon verschulden, und keine Luft haben, um privat für das Alter vorzusorgen.

Viele Politiker, die sich jetzt zur Wahl stellen, aber glauben, dass der Niedriglohnsektor bei weitem noch nicht groß genug ist. Sie glauben, das Heil arbeitsloser Ingenieure und Facharbeiter läge in einfachen Dienstleistungen. Und Jugendliche ohne Berufsausbildung, ohne Schulabschluss brauche man keine Chance mehr zu geben. Die Menschen aber brauchen eine Arbeit, in der sie Werte schaffen. Die einen Sinn ergibt. Die ihnen Wege aus der Armut eröffnet. Und die sie nicht im Dunkeln oder am Rande der Gesellschaft zurücklässt.

Aber es ist nicht so, dass man die im Dunklen nicht sehen würde. Nur wer sich die Welt von PR-Beratern schön inszenieren lässt, verliert den Boden unter den Füßen. Dagegen kennt jede BürgerIn, der oder die voraussichtlich am 18. September wählen soll, einen Freund oder Verwandten, der ohne eigenes Verschulden in Not geraten ist. Im Gegensatz zu politischen High-Flyern aber können es sich die Menschen nicht leisten, keinen Boden unter den Füßen zu haben. Sie haben ein Recht auf Antworten natürlich auch von Gewerkschaften.

Aber jetzt stehen die Parteien im Mittelpunkt. Sie müssen den Menschen beweisen, dass sie nicht die Wende zu Weniger predigen, wie manche Dunkelseher das propagieren. Sie müssen der 52-jährigen Krankenschwester an der Charité, die bald aus ihrer befristeten Beschäftigung entlassen wird, weil eine andere einen üppigen Einarbeitungszuschuss mitbringt, zeigen, dass sie ihre Nöte ernst nehmen. Die BürgerInnen erwarten keine falschen Versprechen, davon hat es schon zu viele gegeben. Aber sie erwarten, dass das Wort Reform endlich wieder einen guten Klang bekommt: Reform ist nämlich, wenn es besser wird.

KLASSENLEBEN: Ein halbes Jahr hat der Regisseur Hubertus Siegert eine 5. Klasse der Fläming-Grundschule in Berlin-Schöneberg mit seiner Kamera begleitet. Die Schule praktiziert seit 1975 den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung. In jeweils einer Jahrgangsklasse (die sogenannte Fläming-Klasse) der Schule findet sich eine Häufung von Kindern mit sehr umfangreichen Behinderungen. Der Dokumentarfilm beobachtet Schüler und Pädagogen im täglichen Unterricht und zeigt, wie SchülerInnen mit sehr unterschiedlichen Fähigkeiten zusammen in einer Klasse miteinander und voneinander lernen. Ab September in den Kinos zu sehen. FOTO: VERLEIH

Kindergeld-Berechnung bei volljährigen Kindern

Bei der Anrechnung des Einkommens von volljährigen Kindern auf die Bemessungsgrenze von Kindergeld (7.680 Euro im Jahr) dürfen die Sozialbeiträge des Jugendlichen-Einkommens nicht mit angerechnet werden, weil dies gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt. Dies hat das Bundesverfassungsgericht auf eine entsprechende Klage von Eltern Anfang des Jahres entschieden (1. Januar 2005-2BvR 167/02). Eltern, deren Kinder sozialversicherungspflichtig arbeiten, dürften nicht schlechter gestellt werden als Eltern, deren Kindern Einkünfte haben, die nicht der Versicherungspflicht unterliegen, heißt es in der Begründung des Urteils.

Weitere Informationen über die GEW BERLIN (Referat A) und auf der Internetseite www.gew-berlin.de

SchülerInnen sind mit dem Schulsport zufrieden

Der Schulsport in Deutschland ist beliebt bei den SchülerInnen, die Sportlehrer genießen ein hohes Ansehen und selbst bei den Sportstätten sieht es gar nicht so schlecht aus. Das sind die Ergebnisse der ersten Schulsportstudie SPRINT, die der Deutsche Sportbund Anfang Juli in Berlin vorstellte. Kritik gab es dabei laut einem Bericht der *taz* vom 7. Juli lediglich an der Ausgestaltung der Lehrpläne, der mangelnden Leistungsorientierung sowie dem Fehlen von Fachlehrern an der Grundschule – und nicht zuletzt, dass zu viele Sportstunden ausfallen. Unter www.dsb.de, der Internetseite des Deutschen Sportbundes, gibt es die Kurzfassung der Studie zum Herunterladen.

Angebot für Studierende: Zwei Semester – halbe Miete

Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO bietet seit dem Wintersemester 2004/05 Studierenden günstige Konditionen bei der Miete: Für zwei Semester zahlen Studierende nur die halbe Miete. Nach Angaben der Wohnungsbaugesellschaft hat dieses Angebot guten Zuspruch gefunden und soll deshalb fortgesetzt werden.

Neue Lehrkräfte für die Berliner Schule fallen nicht vom Himmel!

Anfang August haben 426 künftige Lehrkräfte ihr zweijähriges Referendariat in Berlin begonnen. Fast 500 BewerberInnen gingen allerdings leer aus. Sie warten zum Teil schon über zwei Jahre auf einen Referendariatsplatz. Dies hängt damit zusammen, dass Berlin in diesem Jahr 200 Referendariatsplätze gestrichen hat (von 1.900 auf 1.700 Plätze). Im Doppelhaushalt 2006/07 sollen noch einmal weitere 200 Referendariatsplätze wegfallen. Die GEW BERLIN kritisiert die Streichungen, denn der steigende Einstellungsbedarf in den nächsten Jahren könne mit 1.500 Ausbildungsplätzen nicht gedeckt werden.

Checkliste für einen guten Kindergarten

Ob ein Kindergarten auch für Kinder unter drei Jahren geeignet ist, kann man anhand einer Checkliste herausfinden, die von der Bertelsmann-Stiftung erarbeitet wurde. Sowohl die Rahmenbedingungen als auch die pädagogischen Konzepte und die konkreten Spiel- und Lernangebote müssten speziell auf diese Kinder abgestimmt werden. Die Checkliste ist unter www.kinder-frueher-foerdern.de als PDF-Datei erhältlich.

In Berlin gibt es immer weniger Jugendhilfe

In keiner anderen Großstadt gibt es so viel arme Familien wie in Berlin. Der Prozentsatz der Kinder, die als arm gelten, ist hier mit 18,5 Prozent fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Trotzdem will der Senat mit dem Doppelhaushalt 2006/2007 weitere 33 Millionen Euro bei den Hilfen zur Erziehung streichen. Insgesamt betragen die Kürzungen in diesem Bereich dann 40 Prozent. Die Wohlfahrtsverbände wollen mit ihrer Kampagne „Glücksspiel Zukunft – Kinder- und Jugendhilfe sichern“ auf diesen Missstand aufmerksam machen.

DGB-Jugend an Berliner Berufsschulen unterwegs

Ab 17. Oktober wird die DGB-Jugend auf einer Info-Tour Berliner und Brandenburger Berufsschulen besuchen und die Jugendlichen informieren über ihre Rechte in der Ausbildung, über die Funktion von Gewerkschaften und über die Aktivitäten der DGB-Jugend. Außerdem wird ein sechsstündiger „Projekttag Demokratie und Mitbestimmung“ angeboten. Als Ergänzung zur Berufsschultour stellt die DGB-Jugend aufbereitetes Vor- und Nachbereitungsmaterial zur Verfügung. Wer die DGB-Jugend an die Schule einladen will und die Vorbereitungsmaterialien benötigt: unter www.berufsschultour.de findet man alle Informationen dazu.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

„Die Methode schäumt“
(Zum Klippert-Artikel Straub/ Troendlin in der Juli blz)

Viel geschwallt – wenig geschnallt! Schaut euch mal an den Berliner Schulen um, die versuchen das Konzept des ganzheitlichen Lernens systematisch umzusetzen. *Pit Rulff*

Aus unserer Sicht beschreiben die AutorInnen die Grundidee des Unterrichtskonzepts von Klippert unzutreffend. Obwohl sie um die Fragwürdigkeit des Vorwurfs „Methode vor Inhalt“ wissen, wiederholen sie ihn in ihrem Beitrag unbeirrt. Es sind nicht die Ziele von gutem Unterricht, die umstritten sind. Wir alle wollen unsere SchülerInnen zu einem kompetenten Umgang mit dem jeweiligen Fach und zum lebenslangen Lernen befähigen und ihnen Handlungskompetenzen für die Partizipation in der Demokratie auf den Weg zu geben. Schwierig wird es jedoch bei der Frage, wie diese Kompetenzen geschult werden können und wer dafür zuständig ist. Dies wird erfahrungsgemäß gern von einer Fachlehrkraft zur nächsten geschoben, um schließlich bei der KlassenlehrerIn zu landen. Und genau diesen Mechanismus der Beliebigkeit unterbricht das Klippertsche Konzept.

Können die SchülerInnen der beiden AutorInnen sinnvolle Textarbeit leisten, ohne dass sie gelernt haben, Haupt- und Nebeninformationen in Texten zu erkennen, zu verarbeiten und sie schließlich sinnvoll zu visualisieren? Haben sie die Möglichkeit dies alles ohne Notendruck zu trainieren? Genau das lernen die SchülerInnen in dem von den AutorInnen gescholtenen Methodentraining, das von einem KollegInnenteam durchgeführt wird. Anschließend werden die im Training erworbenen Kompetenzen im Unterricht eingefordert und angewandt. Wenn ganzheitliches Lernen für die AutorInnen im Vordergrund steht, warum fehlen dann Hinweise auf das Kommunikationstraining und die Teamentwicklung im Klassenraum, die im Gesamtkonzept Klipperts gleichwertig und gleichgewichtig neben der „schäumenden“ Methode stehen. Was als mechanisch empfunden wird, dient vielmehr der systematischen Förderung von Lernkompetenzen, die die SchülerInnen für ihr lebenslanges Lernen benötigen… Wer das eigenverantwortliche Arbeiten und damit den ganzheitlichen Lernbegriff verantwortungsbewusst umsetzen will, kommt nicht umhin, einzusehen, dass es methodische, persönliche und soziale Kompetenzen braucht, die aber eben auch 1. systematisch gelernt, 2. ohne Notendruck eingeübt und schließlich 3. regelmäßig in möglichst vielen Fächern angewendet werden müssen. Dieser Dreischritt hat nichts mit mechanistischer Wissensvermittlung zu tun. *Elisabeth Bredow/Christoph Cramer*

Es schäumt die Methode, viele „kluge“ Wörter in einen Artikel zu werfen und ihn mit vielen aus der Luft geholten und unsachlichen Angriffen aufzublähen. Was haben die „Impressionen eines Studientages“ mit Klipperts Ansatz zur Unterrichts- und Schulentwicklung zu tun? Durchgeführt wurde der Studientag offenbar von einem Entertainer mit „gutem Ruf“. Wo hat man nach ihm gesucht? Aus dem Kreis der 60 von Herrn Klippert für Berlin ausgebildeten TrainerInnen stammte er wohl nicht, denn deren Studientage hinterlassen bei den KollegInnen nicht den schalen Eindruck, einen Tag mit „spielerischer Selbsterfahrung und infantilisierender Wirkung“ verbracht zu haben, was die Evaluationsergebnisse belegen. Die Frage ist berechtigt, weshalb sich das Kollegium so etwas hat bieten lassen. Aber gehörte nicht Frau Straub oder Herr Troendlin auch diesem Kollegium an? Oder schildern sie nur second-hand-Impressionen?

Die Ausführungen zu Klipperts Ansatz sind leider einfach peinlich, denn sie zeigen, dass der/die AutorIn nicht eines der Bücher wirklich gelesen haben. Die Vorwürfe strotzen von Unwissenheit, falschen Behauptungen, sachlichen Unrichtigkeiten und blanker Polemik.

So werden wir keine für die Schulentwicklung so notwendige Auseinandersetzung in der Lehrerschaft erzielen können. So lachen sich diejenigen KollegInnen ins Fäustchen, die schon immer Klippert missverstehen oder gar nicht verstehen wollten. Diejenigen KollegInnen, die ermutigt durch systematische und qualitativ hochwertige Fortbildungen neue Wege im Unterricht gehen wollen, die um die Erhöhung der Lernkompetenz ihrer Schüler bemüht sind, werden diesen Artikel verständnislos oder verärgert zur Seite legen.

G. Fröhlich,
Projekt Pädagogische Schulentwicklung in Berlin

ANZEIGE

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Berliner Zeugnisse

Das bewährte Programm „Berliner Zeugnisse“ nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Das Programm wurde von Kollegen aus der Praxis entwickelt und ist seit mehr als sechs Jahren im Einsatz. Neben der reinen Zeugniserstellung stellt Ihnen „Berliner Zeugnisse“ zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Fehlzeitenübersichten usw. für die Erleichterung ihrer täglichen Arbeit zur Verfügung.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Den Test können Sie mit Ihren echten Daten starten, denn alle Eingaben bleiben beim Einspielen der freigeschalteten Version erhalten. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter
www.gew-berlin.de/zeugnis.htm

Preise
Für GEW-Mitglieder gelten folgende Sonderpreise:

	Online	CD
Grundschule	17,-	25,-
Gesamtschule	37,-	45,-
Hauptschule	17,-	25,-
Realschule	17,-	25,-
Gymnasium	25,-	33,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein auf Seite 28

ILLUSTRATIONEN: DIETER TONN

Baustelle Lehramtsstudium

Die LehrerInnen, die wir brauchen, werden wir in nächster Zeit nicht bekommen, zumindest was die Anzahl angeht. Über die Qualität der geplanten Ausbildung darf man zur Zeit Zweifel haben. Sehr unübersichtlich ist für jetzt einsteigende Lehramtsstudierende der Weg zur Schule. Seit einem Jahr ist in Berlin nur noch der Weg über das Bachelor-Studium und über ein anschließendes Master-Studium möglich. Dass diese Studiengänge vom Senat und von den Universitäten noch nicht zu Ende gedacht sind, darüber schreibt im folgenden Artikel unser neu gewählter Leiter des Referats LehrerInnenbildung, Michael Martin, der sich aber nicht erst seit heute mit der Thematik befasst.
Die Zulassungsstolpersteine zum Lehramts-Bachelor-Studium beschreibt äußerst kompetent Karin Gavin-Kramer, die sich als Studienberaterin und Wissenschaftsjournalistin seit geraumer Zeit mit dem Thema befasst und so gut wie kaum einE andereR in der Lage ist, die Ungereimtheiten der Startphase des Bachelor-Studiums darzustellen. Diana Greim, unsere neue stellvertretende Vorsitzende, gibt als Sprecherin des LASS (Landesausschuss der Studentinnen und Studenten) die Forderungen wieder, die auf Bundesebene von den Studierenden an die LehrerInnenbildung gestellt werden und Matthias Jähne weist nach, dass der für Nur-Bachelor-AbsolventInnen vom Senat in Aussicht genommene Lernassistent erstens über kein Berufsbild verfügt und die Wahrscheinlichkeit, dass er überhaupt eingestellt wird, zweitens von den weitgehend parallel einsetzbaren Ein-Euro-Jobbern stark minimiert werden würde.
Didaktisch geschickt wird der Schwerpunkt abgeschlossen mit einem positiven Bericht von Anne Wüstemann, in dem sie von einem in Spanien absolvierten Lehramtspraktikum berichtet, das ihren Entschluss, auf Lehramt zu studieren, gefestigt hat.

Folker Schmidt

Neu und ungewiss

In beiden Phasen der Lehramtsausbildung gibt es Baumängel.

von Michael Martin, Referatsleiter LehrerInnenbildung

Im Frühjahr bin ich durch die Landesdelegiertenversammlung als Leiter des Referats D gewählt worden. Die Freude über meine Wahl wich jedoch schnell der Erkenntnis, dass die Baustelle „LehrerInnenbildung“ im übertragenen Sinne mindestens genauso groß ist wie die Baustelle „Lehrter Bahnhof – Hauptbahnhof“ in Berlin.

Am Bahnhof ist mittlerweile die Brücke zwischen den neuen Hallenteilen eindrucksvoll und mit großem ingenieurstechnischen Know-how geschlossen worden. Aus senkrechten Türmen wurde eine waagerechte Verbindung, die den künftigen Passagieren den bequemen Übergang zu den verschiedenen Gleisen und Bahnhofsbereichen ermöglicht.

Gleiches kann man allerdings von den drei aufeinander aufbauenden Elementen der (teil-) reformierten LehrerInnenausbildung in Berlin nicht behaupten. Der erste Turm, der Bachelor-Studiengang mit Lehramtsoption (BA), bröckelt schon jetzt – noch nicht mal ein Jahr nach Fertigstellung. Der zweite Turm, der lehramtsbezogene Master-Studiengang (MA), befindet sich immer noch in der Planung der Universitäten. Der dritte Turm, das neu zu gestaltende Referendariat, soll gar gänzlich ohne tragfähigen Plan noch dieses Jahr fertig gestellt werden. Und an eine „Querlegung“ der Türme und damit an eine Verbindung dieser Elemente ist bisher noch überhaupt nicht gedacht worden.

Ein Kunststück war und ist jedoch die bisherige Baurealisierung. Denn wo gibt es schon so etwas, die Türme wurden und werden von oben nach unten gebaut! So wurde der BA-Studiengang „top down“ konstruiert, heraus kam ein Gebilde, von dem bis heute noch niemand wirklich weiß, für wen oder was es überhaupt gut sein soll. Zumal der Übergang vom BA in den MA-Studiengang beschränkt werden soll, womit BA-Absolventen ohne MA-Qualifizierung ins berufliche Abseits gestellt würden (siehe dazu den Beitrag von M. Jähne auf Seite 13).

Nicht besser sieht es bei den Planungen für die MA-Studiengänge aus. Auch hier wurde das Mahnen und Drängen der GEW leider nicht nachhaltig wahrgenommen, denn mit einem aktuellen KMK-Beschluss wird nun doch eine Schere zwischen „kleinen“ (2-semestriges Studium, z.B. Grundschullehrer) und „großen“ Lehrern (4-semestriges Studium, z.B. Gymnasiallehrer) aufgemacht.

Weiterhin wird – von der Bildungsverwaltung ausgehend – gerade versucht, ein Konstrukt in Form eines reformierten Referendariats in die Bildungslandschaft zu stellen, wobei dessen Basis bislang keine Beachtung gefunden hat. Denn die Betroffenen dieses Vorhabens – nämlich die angehenden LehrerInnen sowie alle an deren Ausbildung Beteiligten – wurden bislang kaum in die Planungen involviert.

Weder das zu reformierende Referendariat noch die vorgelagerten MA-Studiengänge sind also bislang in „Sack und Tüten“. Und auch die Prüfungs- und Studienordnungen der BA-Studiengänge sind durch die Senatsverwaltung bislang lediglich „vorläufig genehmigt“ bzw. „zur Kenntnis genommen“. Doch genau hierin kann die Chance für eine erfolgreiche Referatsarbeit zu diesen Themenkreisen liegen.

FOTO: PRIVAT

Michael Martin

Deshalb befasst sich das Referat LehrerInnenbildung momentan mit der Planung einer Veranstaltung zur Neugestaltung des Referendariats am 16. November im GEW-Haus. Für dieses „Hintergrundgespräch mit Basisbeteiligung“ konnten der zuständige Staatssekretär Thomas Härtel und unsere Vorsitzende Rosi Seggelke gewonnen werden. Vielleicht schaffen wir es dadurch, die Baustelle „Referendariat“ als Kristallisationspunkt für die gesamte Reform der LehrerInnen-Ausbildung in den Fokus des bildungspolitischen und öffentlichen Interesses zu rücken.

Es gibt noch sehr viel zu planen und aufzubauen auf der Berliner Lehrerausbildungs-Baustelle. Das Referat D wird sich hierbei natürlich mit Nachdruck bei den Bauherren und Architekten Gehör verschaffen. Gerne würde ich dann beim Richtfest des neuen Gebildes mein Glas hinter mich werfen und laut rufen: Der Bauherr, der soll leben, die GEW steht nicht nur daneben!

Die Baustelle „Lehrter Bahnhof“ schreitet planmäßig voran, bei der LehrerInnenbildung hakt es erheblich.

FOTO: STEPHANIE PILICK DPA/LBN

Lehramt bolognese

In der Zulassungspraxis für angehende LehrerInnen ist vieles ungereimt.

von Karin Gavin-Kramer, Studienberaterin und Wissenschaftsjournalistin in Berlin

FOTO: PRIVAT

Karin Gavin-Kramer

Ein Experimentierfeld regionaler Schulpolitik war die Lehramtsausbildung im Westen Deutschlands schon immer. Der Föderalismus macht es möglich, dass jedes Bundesland LehrerInnennachwuchs in einem gewissen Rahmen nach eigener Fasson heranziehen darf. Über die wechselseitige Anerkennung der Ausbildungsergebnisse muss die Kultusministerkonferenz notfalls länger verhandeln als über deren Anerkennung auf europäischer Ebene. Besonders tiefgreifende Veränderungen erfährt die LehrerInnenausbildung zurzeit in immer mehr Bundesländern, darunter Berlin, auf dem „Weg nach Bologna".

Bologna: so weit, so gut

„Bologna" steht als Tagungsort für die dort 1999 beschlossene und später andernorts präzisierte und erweiterte Absicht von inzwischen 45 europäischen Staaten, bis 2010 einen „europäischen Hochschulraum" zur „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems" zu schaffen. Strukturell geht es dabei vor allem um die Einführung eines Systems „leicht verständlicher und vergleichbarer" Abschlüsse, das einen mindestens dreijährigen undergraduate Zyklus und einen darauf aufbauenden graduate Zyklus umfasst, außerdem um die Modularisierung der Studiengänge, wobei sämtliche Noten studienbegleitender Prüfungen in die Abschlussnote einfließen und umfangreiche Abschlussprüfungen überflüssig werden, sowie um eine neue Maßeinheit für den studentischen Studienaufwand in Form von Punkten nach dem European Credit Transfer System. Europaweit und fachunabhängig gilt seitdem die Setzung: 1 ECTS-Punkt = 30 Stunden studentischer Arbeitsaufwand, 30 Punkte = work load eines Semesters. Spätere Beschlüsse umfassen auch die Qualitätssicherung der neuen Studiengänge durch externe Akkreditierung. In Deutschland wird das Studiensystem derzeit überwiegend nach der Formel 3+2+3 umgesetzt, d.h. in Gestalt meist dreijähriger Bachelor- und zweijähriger Master-Studiengänge. Als dritte Phase sollen in Kürze dreijährige Promotionsstudiengänge folgen. Für angehende LehrerInnen spielt als Phase nach dem Master-Abschluss vor allem das Referendariat eine besondere Rolle.

ILLUSTRATION: TONN

Vom Lehramtsstudiengang zur Lehramtsoption

Auf dem Weg nach Bologna, der eigentlich bis 2010 dauern darf, hat der Berliner Schulsenator den vier zuständigen Universitäten schon viel früher einen kräftigen Schubs versetzt: Schon seit Herbst 2004 gibt es in Berlin keine Studienanfänger in Lehramtsstudiengängen nach altem Recht mehr: Studiert werden jetzt dreijährige Kombinations-Bachelor-Studiengänge mit „Lehramtsoption". Sie bestehen wie bisher aus zwei unterrichtsrelevanten Fächern – einem Kernfach mit 90 und einem Zweitfach mit 60 ECTS-Punkten – und einem berufsbezogenen Studienbereich (30 Punkte in Erziehungswissenschaft und Fachdidaktik inklusive Schulpraktikum), in dem der frühere Teilstudiengang „Erziehungswissenschaft und eine andere Sozialwissenschaft" eine gewisse Entsprechung findet. Da die Fächer inhaltlich wie bisher lehramtsunabhängig studiert werden, entsteht die „Lehramtsoption" nur durch korrekte Kombination der beiden Fächer und des berufsbezogenen Bereichs (es gibt auch einen berufsbezogenen Bereich ohne Lehramtsbezug).

„Lehramtsoption" bedeutet, dass Bachelor-Absolventen, die ja noch keinen Zugang zum Lehramt haben, sich für einen aufbauenden Studiengang („Master of Education") bewerben dürfen. Wie dafür zugelassen wird, ist allerdings offen, denn über Voraussetzungen und Struktur dieser für 2007/2008 geplanten Master-Studiengänge herrscht Uneinigkeit. Wie viele Master-Studienplätze soll es im Vergleich zu Bachelor-Studienplätzen geben, wie werden die Lehrkapazitäten eingesetzt?

Einigkeit besteht in Berlin offenbar darüber, dass zukünftige LehrerInnen der Klassen 1-10 einen einjährigen und KandidatInnen für das Amt des Studienrats einen zweijährigen Master-Studiengang absolvieren sollen. Die Festlegung auf ein bestimmtes Lehramt erfolgt somit – außer bei Kombinationen mit Grundschulpädagogik – erst durch die Wahl des Master-Studiengangs. Noch nicht in Kraft ist die Verordnung, nach der Master-

Abschlüsse der Staatsprüfung gleichgestellt werden. Ein Entwurf sieht erheblich flexiblere Fächerkombinationsregeln vor. Hinsichtlich der wechselseitigen Anerkennung lehramtsrelevanter Abschlüsse haben sich die Bundesländer im Juni 2005 immerhin über Eckpunkte geeinigt; die europaweite Abstimmung der bolognagerecht umgestellten Ausbildungen steht noch aus.

Kollateraleffekte

Bei der Umstellung der Lehramtsausbildung auf Bachelor-Studiengänge mussten die Universitäten nicht nur mit wenig Zeit, sondern auch mit recht veränderlichen Vorgaben auskommen. Dennoch gelang es, Studiengänge zu konstruieren, die, in modularisierten Pflichtveranstaltungen konzentriert, wesentliches Wissen auf gewohnt hohem Niveau vermitteln. Schwierig, aber für die Einhaltung der Studiendauer von drei Jahren unabdingbar ist angesichts der Kombinationsvielfalt die Koordination eines überschneidungsfreien Lehrangebots.

Mit der Umstellung auf das neue Studiensystem nutzten die Universitäten die Gelegenheit, durch besondere Regelungen künftige Studienverläufe zu beschleunigen. Schließlich ist ein Teil ihrer Finanzierung erfolgsabhängig: Je mehr Absolventen ein Anfängerjahrgang innerhalb der Regelstudienzeit hervorbringt, desto besser für das Budget. Bisher liegt die deutsche Studienabbrecherquote bei etwa einem Drittel jedes Anfängerjahrgangs. Fachwechsel und Studienabbruch sind oft Resultat von Irrtümern bei der Fächerwahl.

Dass bestimmte Zulassungsregelungen Fehlentscheidungen fördern, gehört zu den absurden Nebeneffekten der laufenden Reform. Ein Beispiel: Bewerber für Kombinations-Bachelor-Studiengänge (mit Lehramtsoption) werden nur immatrikuliert, wenn sie für beide Fächer zugelassen sind. Wer z.B. für das Zweitfach abgelehnt wurde, versucht oft, per Losverfahren noch einen Restplatz in einem weniger gefragten Fach zu bekommen, weil sonst die Kernfachzulassung verfällt. Von der Politik zur Auslastung ihrer Kapazitäten gedrängt, bieten Hochschulen ihre Restplätze offensiv an und fördern damit irrtumsträchtige Last-Minute-Entscheidungen. Erweist sich eine so entstandene „Ersatzkombination“ später als Fehler, ermöglicht der Jahresturnus der Anfängerzulassung einen Wechsel frühestens zum dritten Semester. Wer an der FU Berlin studiert, darf sich einer geplanten Satzungsneufassung gemäß zudem nur ein einziges Mal für ein neues Zweitfach bewerben und muss bei späterem oder zweimaligem Wechsel auch das Kernfach wechseln, also das bisherige Studium abbrechen.

Kampf um die Elite?

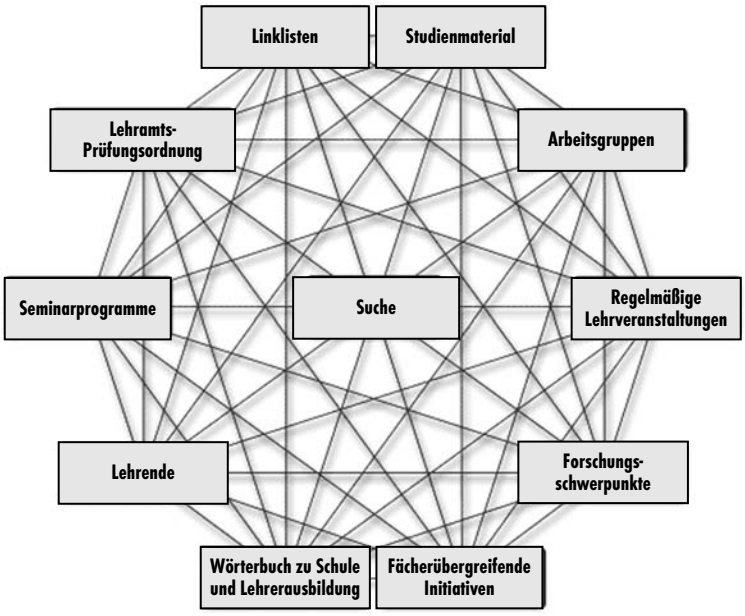
Jedes Semester legen die Hochschulen fest, wie viele Studienplätze pro Studiengang vergeben werden sollen. Während vor allem geisteswissenschaftliche Fächer stark gefragt sind, was in der Regel Ablehnungsbescheide nach sich zieht, bekommen Bewerber für Naturwissenschaften oft gleich ihren Studienplatz. Bei der Kernfachzulassung müssen die Universitäten neben dem Abiturdurchschnitt („Qualifikation) in einer 20 Prozent-Quote auch die Wartezeit (Halbjahre seit dem Abitur minus Semester an deutschen Hochschulen) berücksichtigen, um, wie verfassungsgerichtlich vorgesehen, auch weniger „guten“ Bewerber eine Chance zu geben.

Nicht dem Zulassungsrecht unterworfen ist dagegen die Studienplatzvergabe im Zweitfach. Seit die Universitäten den Zweitfächern den Teilstudiengangsstatus aberkannt haben, wird das Zweitfach (z.B. Englisch), obwohl ebenso Schulfach wie das Kernfach und durch eigene Studienordnungsparagrafen geregelt, nur noch als „Lehrgebiet“ oder ausgelagerter Schwerpunkt des jeweiligen Kernfachs (z.B. Deutsch) betrachtet. Dadurch sollten die früher übliche getrennte Semesterzählung, der häufige Fachwechsel und letztlich Langzeitstudium verhindert werden. Ob diese Ziele erreicht werden, ist zweifelhaft.

Wirre Grafiken zur Lehramtsausbildung, hier aus Bayern.

Die FU Berlin berücksichtigt für ihre Zweitfächer schon seit 2004 im Gegensatz zum Kernfach keine Wartezeit. Bewerber mit weniger guten Noten können zwar weiterhin auf ihr Kernfach erfolgreich warten, hätten aber an der FU keine Chance, es jemals durch ein gefragtes Zweitfach zu ergänzen, da ihre Wartezeit dafür nicht gilt. Ebenso geht es Kernfächlern der Chemie oder Physik, die mangels Konkurrenz bisher keine gute Note brauchen und über die sich die FU eigentlich sehr freuen würde. Wenn diese Bewerber das gewünschte

Zweitfach, z.B. Deutsch oder Grundschulpädagogik, an der FU nicht bekommen und auch nicht darauf „warten“ dürfen, schreiben sie sich anderweitig ein – Mehrfachbewerbungen sind selbstverständlich. An der HU z.B. wird für Kern- und Zweitfach nach denselben Regeln zugelassen. Man ist dort erklärtermaßen bestrebt, weit mehr Zweitfach- als Kernfachplätze anzubieten, um allen Bewerbern die gewünschte Kombination zu ermöglichen. An der FU wird die Zweitfachzulassung „nur nach Qualifikation“ auch als zusätzliches Selektionsinstrument für bessere Bewerber betrachtet. Allerdings wurden, da Mehrfachbewerber auch mehrere Zulassungen bekommen und sich dann für eine andere Hochschule entscheiden, an der FU Berlin zum Winter 2004/2005 sogar für das hochbegehrte Zweitfach Grundschulpädagogik alle Bewerber angenommen – per Losverfahren sogar solche, die zuerst abgelehnt worden waren. Differente Auswahlkriterien innerhalb einer Fächerkombination machen vielen Bewerbern die



Wirre Grafiken zur Lehramtsausbildung, hier aus Paderborn.

reflektierte Planung ihres Studiums unmöglich, zumal Auswahlergebnisse für Zweitfächer im Gegensatz zu Kernfächern bisher nicht öffentlich gemacht werden.

Trial & Error

Im Herbst 2004 konfrontierte die FU Berlin erfolgreiche Bachelor-Bewerber, die sich immatrikulieren wollten, mit unerwarteten Forderungen: Für viele Nichtsprachenfächer sollten sie außer dem Zulassungsbescheid plötzlich Fremdsprachenkenntnisse nachweisen, die meist weder einen Bezug zum Fach hatten noch eindeutig definiert waren (z.B. „fünf erfolgreiche Schuljahre in zwei modernen Fremdsprachen“). Nicht zufällig handelte es sich dabei überwiegend um dieselben Kenntnisse, die bei der Meldung zur Zwischenprüfung der auslaufenden neunsemestrigen Magister- und Lehramtsstudiengängen nachzuweisen waren. Da sechssemestrige Bachelor-Studiengänge aber keine Zwischenprüfung kennen, hatte man die Sprachanforderungen per Copy-and-Paste in den neuen Studienordnungen von Zwischenprüfungs- zu Immatrikulationsvoraussetzungen befördert. Als sich daraufhin enttäuschte Bewerber reihenweise anderweitig immatrikulierten und die FU trotz rascher Rückzieher der Hochschulleitung, die den Abtrünnigen per Post Modifikation oder Rücknahme der Anforderungen anbot, sogar in begehrten Fächern nicht alle Studienplätze besetzen konnte, wurden Konsequenzen gezogen: Schon im März 2005 waren die zusätzlichen Sprachanforderungen für Nichtsprachenfächer per Fachbereichsbeschluss wieder verschwunden.

Nachwuchs oder Wildwuchs

Die Berliner Universitäten haben sich hochschulvertraglich verpflichtet, künftig 850 Lehramtsabsolventen jährlich zu produzieren. Nur – was für Absolventen werden das sein? Die Vergabepraxis der FU Berlin, Zweitfächer nur nach Qualifikation zu vergeben, stimmt bedenklich. Zu den begehrten Fächern gehören traditionell Deutsch, Geschichte und Sozialkunde (Politikwissenschaft), weshalb in der Qualifikationsquote dieser Kernfächer eher überdurchschnittliche Bewerber zum Zuge kommen. Viele davon wählen das Zweitfach Grundschulpädagogik und bekommen es auch. Bewerber für weniger begehrter Kernfächer, die ja weniger gute Noten brauchen, und ebenso Kernfächler, die nur über Wartezeit zugelassen werden könnten, haben bei begehrten Zweitfächern das Nachsehen, wenn die Durchschnittsnote dafür nicht reicht. Was, wenn im Land Berlin bald lauter Grundschul-AspirantInnen mit Kernfach Deutsch, Geschichte oder Sozialkunde in den entsprechenden Master-Studiengang streben und andere Kombinationen kaum vertreten sind?

Bekanntlich fehlen Lehrkräfte z.B. für berufliche Fachrichtungen wie Metalltechnik oder Gartenbau, außerdem für Mathematik oder Chemie. Was, wenn z.B. potenzielle Chemie-Lehrkräfte lieber auf den entsprechenden Mono-BSc (d.h. Chemie ohne Zweitfach und Lehramtsoption) ausweichen, weil ihre Note für das gewünschte Zweitfach nicht konkurrenzfähig war und sie kein „Ersatzfach“ wollen? Was, wenn ein erfahrener Handwerksmeister mit seinem Kernfach Metalltechnik z.B. Deutsch kombinieren möchte, wofür sein vor Jahren absolviertes Abitur nie reichen wird? Welches Profil Hochschulen mit solchen Regelungen gewinnen und ob sie damit auf dem angesteuerten Weg zur Elitehochschule sind, wird sich zeigen – auch am Lehrernachwuchs.

Webtipps:
http://www.hrk.de/bologna/
http://www.bologna-bergen2005.no/
http://www.akkreditierungsrat.de/

Eckpunkte der Ausbildung

Die Studierenden formulieren erste Kriterien zur Reform des Lehramtsstudiums.

von Diana Greim, Sprecherin des LASS Berlin

Die LehrerInnenbildungsreform ist nun auch inhaltlicher Schwerpunkt der Studierendenausschüsse geworden. So ist vom fzs (freier Zusammenschluss der Studierendenschaften) in enger Zusammenarbeit mit dem GEW-Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) ein Referat für LehrerInnenbildung und Studienreform eingerichtet worden. Geplant sind neben Publikationen auch Tagungen und Workshops. Bei der Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge wurden die Bedürfnisse bzw. Ansprüche der Lehramtsstudierenden so gut wie nicht berücksichtigt. Der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW hat daher beschlossen, sich an der Diskussion um die Gestaltung der Lehramtsstudiengänge im Rahmen der Studienreform zu beteiligen.

Grundsätzlich soll es ein gebührenfreies Studium für alle Bachelor- und Master-Studiengänge geben. Mit Blick auf die zu erwartende soziale Selektion und den damit befürchteten AkademikerInnenmangel, auch und vor allem im Bereich der Lehrämter, ist die Einführung von Studiengebühren für das deutsche Hochschulsystem untragbar. Die im Grundgesetz manifestierte Chancengleichheit kann nur durch eine soziale Grundsicherung in Form einer kompletten Bildungsfinanzierung aus den Steuergeldern des Staates gewährleistet werden.

Studienreform

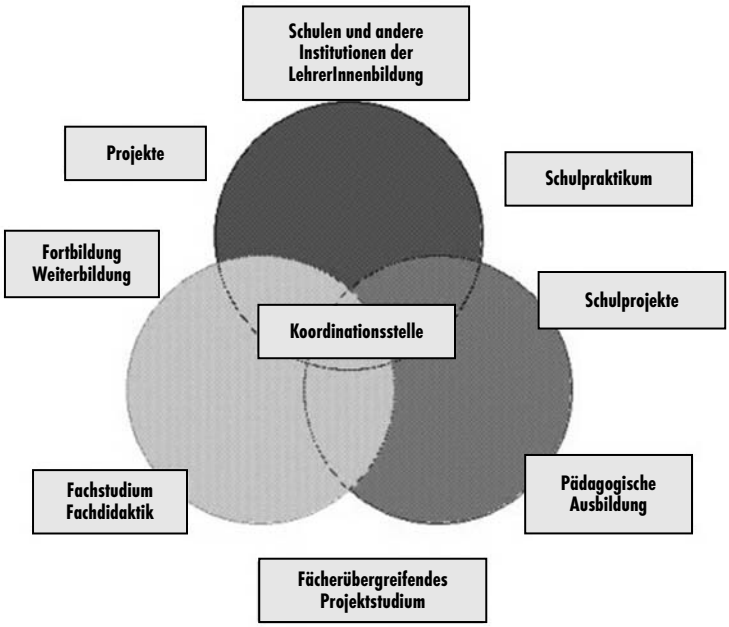
Wenn gestufte Studiengangstrukturen eingeführt werden, so müssen diese für alle Lehrämter gleichermaßen konzipiert werden. Die Erste Staatsexamensprüfung als Lehrerqualifikation soll für alle Lehrämter erst auf der Master-Ebene erworben werden. Der BASS spricht sich gegen eine differenzierte Ausrichtung von Regelstudienzeiten nach Schulstufen bzw. Schulformen in der LehrerInnnenbildung aus. Die Einführung von „Assistant Teachers“ mit einem Bachelorabschluss fördert Lohndumping bzw. so genannte BilliglehrerInnen oder LehrerInnen zweiter Klasse (siehe Jähne, Seite 13).

Die gestufte LehrerInnenbildung erfordert einen zeitlich parallelen Zusammenhang und die Integration von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und grundwissenschaftlichen Anteilen, also die Grundständigkeit. Eine freie Berufswahl erfordert die Sicherung der Polyvalenz, also die Offenheit des Studienganges für verschiedene Berufszweige. Da der BASS gleichzeitig ein grundständiges Lehramtsstudium fordert, sehen wir eine Möglichkeit zur Durchsetzung der Polyvalenz in der Aufteilung der fachdidaktischen Anteile, so dass der größte fachdidaktische Anteil erst im Master erfolgt und einführende Anteile bereits im Bachelor Bestandteile des Studiums sind. Dabei ist es wichtig, dass der fachdidaktische Anteil im Bachelorstudium als Wahlfach im Sinne der Polyvalenz für alle Masterabschlüsse anerkannt wird.

Um die von der Kultusministerkonferenz und dem Bund geforderte innerdeutsche Mobilität zu gewährleisten, ist eine bundesweite Vereinheitlichung der LehrerInnenbildung nötig. Neben der innerdeutschen Mobilität wird durch die Vereinheitlichung der LehrerInnenbildung die Niederlassungsfreiheit in allen Bundesländern ermöglicht.

FOTO: PRIVAT

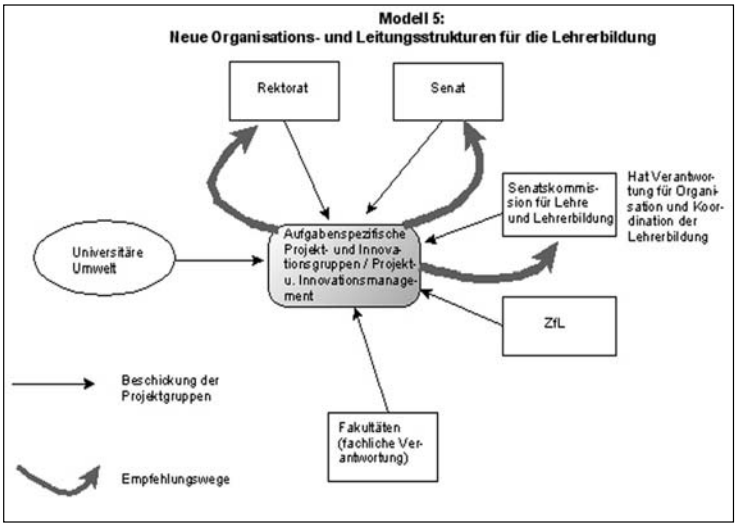
Diana Greim



Wirre Grafiken zur Lehramtsausbildung, hier aus Klagenfurt in Österreich.

Studiengangstruktur

Der überwiegend fachwissenschaftliche Studienanteil muss fester Bestandteil des Lehramtsstudiums bleiben. Von den angehenden LehramtskandidatInnen für zwei Fächer wird gefordert, dass sie ExpertInnen in ihren Fächern, aber auch in der Wissensvermittlung und Unterrichtsgestaltung werden.



Wirre Grafiken zur Lehramtsausbildung, hier aus Bielefeld.

Verstärkung und bedarfsorientierter Ausbau der Fachdidaktiken zu forschungsorientierten Disziplinen sind für uns unabdingbar. PISA und IGLU haben gezeigt, dass sich die seit langem geforderte Reform der LehrerInnenbildung vor allem in den Fachdidaktiken widerspiegeln sollte. Daher fordern wir einen stärker bedarfsorientierten Ausbau der Fachdidaktiken: zum Beispiel Unterricht mit Schülern nicht-deutscher Herkunft, Erwerb interkultureller Kompetenzen und Unterricht in Integrationsklassen (Integration von Behinderten Schülern in „normale" Schulen). Eine forschungs- und bedarfsorientierte, also flexiblere Ausgestaltung der Fachdidaktiken gewährleistet nicht nur eine Chancengleichheit aller SchülerInnen, sondern auch die Möglichkeit, auf alle Gegebenheiten in allen Schultypen sowie Ländern angemessen qualifiziert reagieren zu können.

Eine stärkere Integration von Praxisphasen in das Lehramtsstudium, auch in Form eines bezahlten Praxissemesters, muss angestrebt werden. Bisher war der Praxisanteil beim Lehramtsstudium eher randständig, daher fordern wir eine stärkere Integration von längeren Praxisphasen in das Lehramtsstudium. Damit sich der Berufswunsch während des Bachelorstudiums konkretisieren kann, fordern wir eine längere Praxisphase bereits am Studiumsanfang. Im Sinne eines gesteigerten Fachdidaktikanteiles im Masterstudium, halten wir einen Praxisanteil in der Länge eines Semesters mit begleitenden fachdidaktischen Seminaren für erforderlich. Da ein Praxissemester sehr viel Aufwand in Form von Unterrichtsvor- und -nachbereitung, erfordert, halten wir eine ausreichende Entlohnung von Seiten des Staates bzw. der Länder für notwendig.

Der BASS fordert die finanzielle sowie strukturelle Ermöglichung eines Auslandssemester für Lehramtsstudierende. Dies steht in Übereinstimmung mit den Zielen des EGBW (Europäischer Gewerkschaftsbund) zur Verstärkung der Mobilität von Lehramtsstudierenden auf europäischer Ebene. Barrieren und Zugangshürden auf dem europäischen Arbeitsmarkt müssen abgebaut werden.

In Zusammenhang mit der stärkeren Integrierung der Praxisphasen in das Studium sowie der Einführung eines Praxissemester stehen wir hinter der Forderung nach einer Verkürzung des Referendariats als Berufseinstiegsphase. Wir halten ein garantiertes Referendariat nach dem Master für unbedingt erforderlich.

Neben einer stärkeren Studienmotivation sowie Studiengangattraktivität steht die schnelle Integration von Lehramtsstudierenden mit Masterabschluss in den Lehramtsberuf im Vordergrund. Damit umgeht man das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und längerfristigen beruflichen Umorientierung. Damit meinen wir nicht ein am LehrerInnenbedarf ausgerichtetes Lehramtsstudium bzw. eine daran orientierte Studienplatzvergabe.

Wie die GEW Bund fordern auch wir die Errichtung von Zentren für die LehrerInnenbildung als zentralen Orientierungs-, Vernetzungs-, Schulforschungs- und Kommunikationsort. Sie sollten als eigenständige wissenschaftliche Einrichtung mit eigenen Stellen und Mitteln an den Universitäten etabliert und ausgestattet werden. Wir sehen vor allem Vorteile bei der Bündelung von hochschulunabhängigen Kompetenzen. Für die Studierenden wäre ein Anlaufort geschaffen, der alle organisatorischen Studienbelange wie Studienberatung, Praktika, Prüfungen sowie Lobbyarbeit und auch Berufseinstiegphase und forschungsorientierte Fort- und Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens unter einem Dach kompetent anbieten und flexibel erweitern könnte. Ein weiterer Aspekt wäre die stärkere Identifizierung mit dem LehrerInnenbild. Das Konzept der LehrerInnenbildungszentren schließt eine Polyvalenz aus, so dass wir die Sicherung der Polyvalenz in der Weiterentwicklung der Konzeptionen als unabdingbar sehen.

Die Initiative Lehramt zeigt, wie dringlich der Diskussionsbedarf der Studierenden mit den „Reformern" ist. Bisher beteiligt sich der LASS Berlin sowie VertreterInnen der Jungen GEW Berlin an dieser Diskussion innerhalb der Initiative. Es wäre wünschenswert, wenn alle an der LehrerInnenbildungsrefom Beteiligten die „Betroffenen" in den Prozess der Neugestaltung des Lehramtsstudiums einbeziehen würden.

Sackgasse Lernassistent

Bachelor-AbsolventInnen werden Berufsperspektiven vorgegaukelt, die es nicht gibt.

von Matthias Jähne, Hochschulreferent der GEW Berlin

FOTO: PRIVAT

Matthias Jähne

Vieles klemmt noch in den neuen lehramtsbezogenen Bachelor-Studiengängen. Die Studierenden sind vor allem darüber besorgt, ob sie mit dem BA auch zum Masterstudium für ein Lehramt zugelassen werden. Denn die Universitäten haben bereits angekündigt, beim Übergang zum Masterstudium Hürden einziehen zu wollen.

Den rot-roten Senat in Berlin scheint das aber nicht zu stören, denn hier bastelt man schon eifrig an einem alternativen Berufsbild namens Lern- bzw. Schulassistent für jene Bachelor-AbsolventInnen, die an der Hürde zum Masterstudium scheitern. Bis Ende August wollte der Berliner Senat ein Konzept für das neue Berufsbild Lernassistent vorlegen. Parallel dazu sollen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die den Bachelor-Abschluss mit Lehramtsoption als ausreichende Qualifikation für die Tätigkeit als Lernassistent in der Berliner Schule anerkennen. Angestoßen wurde dies übrigens durch einen Antrag der FDP.

Es passt hinten und vorne nicht

Die Sache hat allerdings mehrere Haken. Mit der Schaffung eines neuen Berufsbildes wird der Sinn der gestuften Studienabschlüsse verkannt und in sein Gegenteil verkehrt. Denn der Bachelor-Abschluss soll nach den Vereinbarungen der europäischen Hochschulminister („Bologna-Prozess“) zwar berufsqualifizierend sein, aber nicht für ein bestimmtes Berufsbild. Qualifiziert man Bachelor-AbsolventInnen nur für die Schule, engt man ihre Arbeitsmarktchancen ein. Von der angestrebten Polyvalenz des Abschlusses bleibt dann nichts mehr übrig.

Ein weiterer Punkt: Die Qualifikation als Lehrkraft wird erst mit dem Lehramts-Masterabschluss erworben. Das hat die GEW in Berlin durchgesetzt und das ist inzwischen auch Beschlusslage der KMK. Die Studieninhalte der dreijährigen lehramtsbezogenen Bachelor-Studiengänge sind daher so konzipiert, dass sie sowohl fachwissenschaftliche als auch berufswissenschaftliche Anteile und schulpraktische Studien umfassen. Sie sind der erste Teil der LehrerInnen-Ausbildung. Sie passen aber keineswegs zu den anvisierten Tätigkeiten von Lernassistenten. Ein BA-Studiengang, der auf das Berufsfeld Lernassistent ausgerichtet sein soll, müsste inhaltlich anders aufgebaut sein.

Der Vizepräsident der Humboldt-Universität, Professor Tenorth, hat daher bereits die Schaffung eines neuen eigenständigen BA-Studienganges für Förderlehrkräfte gefordert. Dann würde aber eintreten, was die SPD-PDS-Koalition vor allem auf Druck der GEW BERLIN ausschließen wollte: dass man mit dem Bachelor-Abschluss nach einem dreijährigem Studium in die Schule geht.

Völlig offen ist außerdem, ob es überhaupt Stellen für Lern- und Schulassistenten geben wird. In einem Gespräch Anfang Juli teilte Staatssekretär Härtel die Befürchtung der Jungen GEW, dass die Finanzierung von Lernassistenten zu Lasten der Einstellung von Lehrkräften gehen könnte. Damit würde eintreten, wovor die GEW BERLIN immer wieder gewarnt hat: Lernassistenten übernehmen Aufgaben des bisherigen Personals, erhalten aber wegen ihrer minderen Qualifikation wesentlich weniger Gehalt.

Ein-Euro-Kräfte sind billiger als Lernassistenten

Es ist allerdings zweifelhaft, ob es dazu wirklich kommt. In einem Entwurf des Konzepts, das die Senatsbildungsverwaltung der Jungen GEW übermittelt hat, heißt es, dass die Lernassistenten für „unterrichtsbegleitende und organisatorische Tätigkeiten“ vorgesehen sind. Vergleicht man diese mit den für „Ein-Euro-Kräfte“ zugelassenen Tätigkeiten in der „Positiv-Liste“ des Senats, ergeben sich in mindestens sechs von zehn Aufgabenfeldern eindeutige Übereinstimmungen oder Überschneidungen. Das betrifft zum Beispiel Übungsphasen für SchülerInnen mit Schwierigkeiten im Lesen und Rechnen, die Durchführung von Arbeitsgemeinschaften am Nachmittag und im Rahmen der Ganztagsbetreuung, Hausaufgabenhilfe, die Mitarbeit bei Ausstellungen und Wettbewerben, Schulveranstaltungen und -festen, die Entwicklung und Pflege der Schulmaterialien, einschließlich der Medien sowie Schulverwaltungstätigkeiten, wie die Betreuung der Bibliotheken und der EDV in den Schulen.

Erst wurden die Stellen für Medienwarte, Laboranten, Bibliothekare, Schulsekretärinnen, Hausmeister gestrichen oder gekürzt und die Ausstattung mit Lehrkräften verringert. Jetzt holen sich die Schulen mit dem Segen des Senats Erwerbslose, die diese Arbeiten zum Nulltarif verrichten. Dass diese offiziell als „zusätzlich“ deklariert werden, ist reine Augenwischerei. Ein PC-Pool muss gepflegt werden – was ist daran zusätzlich?

Die Lernassistenten-Debatte bietet keine Lösung für all diese Probleme und gaukelt den Studierenden Berufsperspektiven vor, die in Wirklichkeit berufliche Sackgassen sind.

Probieren geht über Hospitieren

Ein Plädoyer für mehr Praxis in der LehrerInnenausbildung.

FOTO: PRIVAT

von Anne Wüstemann, Lehramtsstudentin an der FU Berlin

Schulhof der deutschen Schule Málaga, Praktikumsplatz der Autorin. FOTO: WÜSTEMANN

Ich hatte nie wieder in die Schule zurückkehren wollen. Nun stand ich oben auf dem Berg. Dort wartete die Deutsche Schule Málaga, „El Colegio Juan Hoffman", auf mich, für vier Monate Unterrichtspraktikum. Mein Leben hatte mich auf Umwegen doch in ein Lehramtsstudium geführt. Ob das die richtige Entscheidung gewesen war, konnte ich zunächst nur ahnen. Jetzt sollte die Feuerprobe kommen.

Fünfzig Stunden Präsenz inklusive sechs Stunden eigenständiges Unterrichten verlangt die Berliner Lehramtsausbildung pro Studienfach. Im Block sind das vier Wochen. Ein Schnupperkurs auf dem Weg ins Handwerk, das angehende Lehrer erst nach Ende ihres Studiums im Referendariat lernen. Ein Minimaleinblick in den Beruf, der einmal viel vom Leben einnehmen wird. Ein Praktikum, das seinen Schwerpunkt im Zugucken zu haben scheint.

Gucken lässt es sich von oben weit. Die nach ihrem Gründer benannte Privatschule liegt rund 420 Meter über dem Meeresspiegel. Der Blick aus den Fenstern der Klassenräume ist bestechend schön: auf der einen Seite die Berge, auf der anderen das weite Meer und die Küstenstädte Fuengirola und Marbella. Bei guter Sicht lässt sich sogar Afrika erkennen und der britische Felsen im Mittelmeer, Gibraltar. Eine fünf Kilometer lange Serpentinenstraße führt zur Schule, die die meisten der über sechshundert Schüler mit dem Schulbus erklimmen. Sie kommen aus einem Umkreis von 50 Kilometern, um Kindergarten, Grundschule oder Oberschule zu besuchen.

Etwa eine Hälfte von ihnen sind Deutsche, die andere Spanier. Viele wachsen zuhause spanisch-deutsch auf, aber auch einige andere Nationalitäten lassen sich an der Begegnungsschule ausbilden. Die zwölfjährige Laufbahn ist bilingual, das Abitur spanisch-deutsch. Die meisten Jugendlichen sind Gymnasiasten, manche aber auch Real- oder Hauptschüler. Nicht zu vergessen, die spanischen Cursillo-Schüler – Seiteneinsteiger, die schon nach kurzer Zeit dem deutsch-sprachigen Fachunterricht folgen müssen.

Sieben spanische Lehrer unterrichten an der Schule. Neunundzwanzig ihrer deutschen Kollegen leben dauerhaft am Ort und werden ebenfalls nach spanischem Tarif bezahlt. Dreizehn weitere Lehrkräfte sind aus Deutschland vermittelt. Sie dürfen drei bis maximal acht Jahre an der über 100 Jahre alten Schule bleiben und haben bei der Rückkehr in die Heimat eine Stelle sicher.

Meine ersten Stunden beschränkten sich üblicherweise darauf, den Unterricht mehrerer DeutschlehrerInnen zu beobachten. Das Sehen unterschiedlicher Stile gibt dabei Anregungen für den späteren, eigenen Unterricht. Bis es ernst wurde, übte ich außerdem an zahlreichen Nachhilfeschülern, die mit mir Deutsch, Englisch und Spanisch paukten.

Der Durchbruch kam mit einer über zwanzigstündigen Unterrichtseinheit zu Friedrich Dürrenmatts Theaterstück „Der Besuch der alten Dame" in einer neunten Klasse. Zwei Wochen dauerte es, bis Aufregung, Anspannung und Unsicherheit nachließen. In den darauf folgenden vier Wochen verwandelten sich diese Gefühle in freudige Spannung darauf zu sehen, welche Diskussionen und Produkte in meinen Stunden entstanden. Die wachsende Akzeptanz der Schüler mir gegenüber tat ihr Übriges. Schließlich verbrachte ich noch fast zwei Monate bei den Kleinsten: Die Schule hatte mich spontan als Spanisch-Aushilfslehrerin für die ersten und zweiten Grundschulklassen angeworben. Ein Kontrastprogramm, das ich mit Hochachtung gegenüber allen Grundschullehrenden absolvierte.

Mein Fazit nach vier Monaten Schulalltag fühlt sich riesig an: Ich bin in die Schule zurückgekehrt und es macht mir Spaß! Wochenlang mit einer Klasse zu arbeiten und schließlich an der Korrektur der Klassenarbeit teilhaben zu können, das brachte mir die Initialzündung für einen bewussten Weg in den Lehrberuf. Dabei ist es sicher nicht selbstverständlich, dass erfahrene und ihren Beruf mögende Lehrer ihr Pult über Wochen für einen Praktikanten und dessen Lernprozess räumen. Ich wünschte jedoch, es wäre so – dann würde unser Unterrichtspraktikum einen neuen Schwerpunkt gewinnen: Probieren geht über Studieren.

Kein Wort nach draußen!

Bildungssenator Klaus Böger will nur noch gute Nachrichten lesen.

FOTO: ARCHIV

von Klaus Will, blz-Redakteur

Mit einem Disziplinarverfahren müssen fünf Leiter von Oberstufenzentren rechnen, weil sie gegenüber der Presse erklärt haben, Schulen könnten ohne ausreichende finanzielle Mittel und ausreichendes Personal kaum selbstständig arbeiten. Diese Kritik ist nicht neu; sie wurde auch schon von anderen Schulleitern und früher geäußert. Warum wird so etwas plötzlich disziplinarisch verfolgt?

KARIKATUR: WÖSSNER

Maulkorb für Lehrkräfte

Mit dem Rundschreiben „Regelung für den Kontakt mit den Medien“ strebte Böger schon 2003 „einen gesteuerten und widerspruchsfreien Kontakt... mit den Vertretern der Presse“ an. Das hat wohl nicht viel genützt. Deshalb wurde im Lehrerbrief vom Mai 2005 das Thema erneut aufgegriffen unter dem Titel „Alle reden, aber einer spricht“. Öffentlich Stellung nehmen dürfen Schulleitungen nur zu Vorgängen, „deren Bearbeitung ausschließlich in eigener Verantwortung erfolgt“. Die Schulen dürfen dann ihr Schulprogramm darstellen, aber nicht, dass ihnen das dafür nötige Personal und die Räume fehlen. Über Sinn und Unsinn von Vergleichsarbeiten und sonstigen Testreihen müssen sie schweigen, weil dies natürlich wesentlich vom Bildungsschulsenator verantwortet wird.

Welche Zustände man will, wird deutlich an der im Lehrerbrief gezogenen Parallele zur Privatwirtschaft. Man liest: „Es wäre undenkbar, dass z.B. jeder Mercedes-Mitarbeiter gegenüber der Presse die Einführung der B-Klasse kritisieren dürfte, denn er stellte sich damit öffentlich gegen die ausgewiesene Firmenpolitik seines Arbeitgebers.“ Ein schräger Vergleich, denn noch ist unser Schulwesen nicht privatisiert und eigentlich ist die Privatisierung der Schulen auch nicht unbedingt ein sozialdemokratisches Anliegen. Zudem werden in der Schule keine Autos hergestellt, sondern Menschen für ihr künftiges Leben ausgebildet.

Über den Zustand öffentlicher Einrichtungen zu informieren, die Kritik der Betroffenen öffentlich zu machen, ist eine der wichtigen Aufgaben der Presse. Deswegen heißt es im Berliner Pressegesetz in Paragraph 4, Absatz 1 „Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse, die sich als solche ausweisen, zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben Auskunft zu erteilen.“ Damit ist mit Sicherheit nicht gemeint, dass lediglich die Pressestelle „gesteuerte und widerspruchsfreie“ Informationen gibt.

Wenn alle öffentlichen Äußerungen über Schule mit der Pressestelle des Bildungssenators abgesprochen werden, wird es Kritik nur noch in arg geglätteter Form geben. An wen soll sich die Presse künftig wenden, wenn sie ein ungeschöntes Bild der Schulrealität erhalten will? Müssen sich die Journalisten nun mit geheimen Informanten à la „Deep Throat“ in dunklen Garagen treffen, wie bei der Aufdeckung des Watergate-Skandals in den USA?

Denn Unterrichtsausfall, schlampige Vorbereitung von Reformen, fehlende Fortbildungen und zunehmende Mehrbelastungen der Schulen durch zusätzliche Verwaltungsaufgaben und umfangreiche Testreihen gibt es auch dann, wenn darüber geschwiegen wird. Man darf gespannt sein, ob die betroffenen SchülerInnen und Eltern das mitmachen.

Schön wäre es ja, wenn man aus Fehlern, die nicht öffentlich werden, schneller lernt als aus Fehlern, die in allen Zeitungen stehen. Aber Klaus Bögers Hilfsargument, der Maulkorb diene auch dazu, dass zuerst die Verwaltung informiert wird und die Chance erhält, die kritisierten Umstände abzustellen, ist nur vorgeschoben: in den meisten Fällen läuft es ohnehin so. Der marode Zustand vieler Schulgebäude und insbesondere der Toiletten zum Beispiel ist kein plötzlicher Notstand, sondern Folge einer längerfristigen Entwicklung, die den beteiligten Behörden nicht verschwiegen wurde. Gemacht haben sie trotzdem nichts.

Man kann sich nur damit trösten, dass die Wahrheit ohnehin herauskommt – mit oder ohne Maulkorberlass. Bedenklich aber ist, dass wertvolle Arbeitszeit von hochbezahlten Verwaltungsleitern verplempert wird für kleinkarierte Verfolgung unbotmäßiger Schulleitungen. Zwar ist die Verwaltung nicht in der Lage, frühzeitig die Entwicklung der SchülerInnenzahlen zu erkennen und damit die voraussichtliche Zahl der benötigten Lehrkräfte, aber für aufwändige Disziplinierungsmaßnahmen nimmt man sich Zeit. Pikanterweise sollen die Schulleiter ausgerechnet zu einem Zeitpunkt disziplinarisch belangt werden, an dem allerorts und auch von Klaus Böger mehr Selbstständigkeit der Schulen gefordert wird. Der Maulkorberlass zeigt aber, dass die Bildungsverwaltung eher eine Scheinselbstständigkeit anstrebt.

Lehrkraft mit Hund? FOTO: MICHEL

Böger in bester CDU-Gesellschaft

Klaus Böger steht mit seinem Versuch, den Lehrkräften einen Maulkorb zu verpassen, nicht allein. In Hamburg arbeitet die CDU bzw. ihre Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig in die gleiche Richtung. Das gesamte pädagogische und nichtpädagogische Personal wurde in einer Verfügung vom 28. April 2004 dazu verpflichtet, sich „öffentlichkeitswirksam... nur in Absprache und Übereinkunft mit dem Pressesprecher“ zu äußern. Auf dem Bildungsserver der Hamburger SPD findet sich dazu am 14. Mai 2004 folgender Kommentar: „Das ist nichts anderes als die Einführung einer Zensur, die nicht hingenommen werden darf.“

Unterstützung bekommt Böger auch aus Niedersachsen, wo CDU-Kultusminister Bernd Busemann Anfang 2005 den Schulleitern untersagte, Daten über den Unterrichtsausfall an die Eltern oder die Presse zu geben, was eine heftige Debatte im Landtag und in den Medien auslöste. Etwas halbherziger dagegen ist Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan. Weil sie nicht an der bundesweiten Tagung über Ganztagsschulen teilnehmen will, soll auch keine Schule aus ihrem Land dort auftreten. Allerdings untersagt sie das nicht einfach, sondern weist ihre Regierungspräsidenten an, den Schulen bei Anfrage zu empfehlen, an der Tagung nicht teilzunehmen. Klaus Böger in guter Gesellschaft?

„Warum wollen Sie an unserer Schule arbeiten?“

Erlebnisse einer Bewerberin im Einstellungsverfahren.

von Laura Tirone, eine neue Kollegin

Man muss es zugeben: früher war das Einstellungsverfahren chaotischer und, wie meine Erfahrung bestätigt, oft willkürlich. Warum mich eine Schule noch während des Anpassungslehrgangs einstellen wollte und mich danach nicht mehr einstellen durfte oder wollte, ist mir bis jetzt schleierhaft und gehört zu den gut gehüteten Geheimnissen der Berliner Schule. Seit April 2005 funktioniert es nun wie in der „freien Wirtschaft“: offene Ausschreibungen im Internet, nach Fächern und Schulen gegliedert, und die Möglichkeit, sich bei den Schulleitern vorzustellen.

Unterschiedliche Bewerbungsverfahren

Ich füllte die Formulare aus, sammelte alle Unterlagen und, da ich der Post nicht traute, brachte ich die Bewerbungen persönlich in die Sekretariate der vier Schulen, die mein Fach ausgeschrieben hatten. Allgemein üblich bei Bewerbungen ist folgendes Verfahren: 1. Bestätigung des Eingangs der Bewerbung 2. eventuelle Einladung zum Vorstellungsgespräch oder höfliche Absage 3. Mitteilung des Ergebnisses – also Zusage oder Absage.

Die vier Schulen verhielten sich allerdings sehr unterschiedlich und ich erlaube mir als künftige Lehrerin ein paar Noten zu geben. Der Einfachheit halber benenne ich dabei die Schulen nach den Farben blau, rot, grün und gelb.

Die blaue Schule, die manchmal in der Presse als „Problemschule“ auftaucht, verhielt sich vorbildlich: Ich bekam die drei Mitteilungen, durfte mich vorstellen, obwohl ich danach als eine Art „stille Reserve“ auf dem zweiten Platz blieb. Note 1.

Die rote Schule fing korrekt an, teilte mir aber nach dem Vorstellungsgespräch kein Ergebnis mit. Erst später habe ich von Kollegen erfahren, eine andere Person sei gewählt worden. Note 4.

Die grüne Schule verlegte meine Bewerbung und meldete sich nicht. Als ich eilig eine Kopie meiner Bewerbung vorbeibrachte, tauchte auch meine Originalbewerbung wieder auf. Die einzige Rückmeldung auf meine Bewerbung kam dann Ende Juni: eine Absage. Note 5

Die gelbe Schule schickte mir gleich eine Absage, warb später aber zweimal

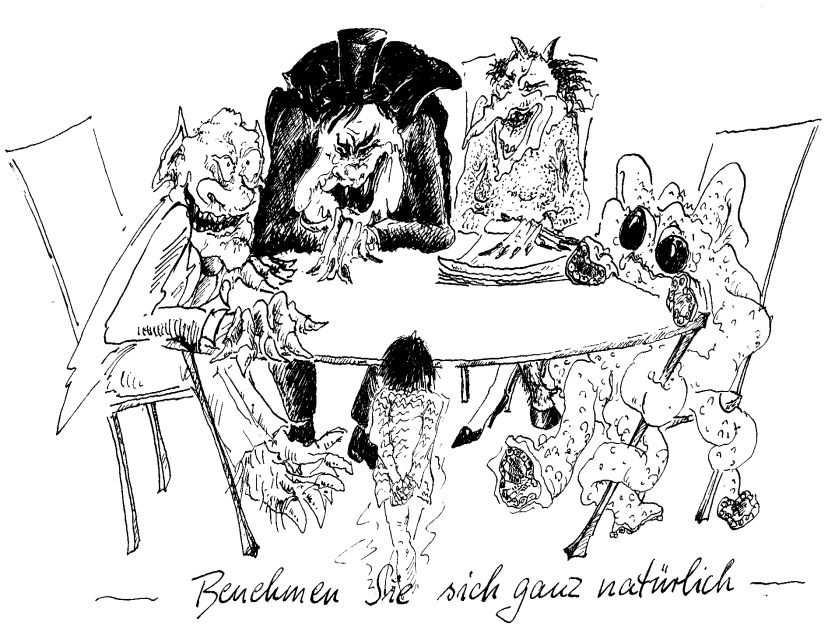


ILLUSTRATION: K.LORENZ

im Nachsteuerungsverfahren um mich und sagte mir wieder ab. Note 4.

Wie endet die Geschichte? Am Ende tauchte eine weitere Schule auf, die blitzschnell alles Bürokratische erledigte und mich nahm. Note 1.

Das Geheimnis des Erfolgs

Wenn ich auf meine Vorstellungsgespräche zurückblicke, trat ich im letzten – erfolgreichen – Gespräch keineswegs selbstbewusster oder überzeugender auf. Im Gegenteil, ich war ziemlich desillusioniert. Vielleicht war ich sogar naiv, als ich meinte, dass die neuen didaktischen Methoden manchmal die SchülerInnen verwirren und ermüden können. Ich saß mit Sandalen und Strohtasche da, bereit danach auf dem Markt einkaufen zu gehen.

Ganz anders die beiden ersten Gespräche, die viel feierlicher und abstrakter von der ersten Frage an verliefen: „Warum haben Sie sich für unsere Schule entschieden?“ Das war, wie ich später merkte, der Standardbeginn, eigentlich nicht sehr originell. Bei der blauen Schule stotterte ich hilflos etwas von Ausschreibungen und von Fächerkombinationen, dann geriet ich endlich aufs richtige Gleis, als ich hinzufügte, ich hätte mich in der Schule während des Anpassungslehrgangs sehr wohl gefühlt. Bei der roten Schule blieb ich etwas vage und lobte das Konzept der bilingualen Schulen.

Wenn man bedenkt, dass ich sowohl bei der blauen als auch bei der roten Schule meinen Anpassungslehrgang, „das Referendariat für ausländische Lehrkräfte“, gemacht hatte, kann man verstehen, wie schwierig es ist, sich an Schulen vorzustellen, wo die eigenen Schwächen nebst Stärken schon längst bekannt sind. Ein Trost war die Anwesenheit der Personalräte – ich war doch nicht ganz der Willkür ausgesetzt – , die allerdings alles niederschrieben, was ich sagte. Ich kannte auch schon die Schulleiter. Und trotzdem, bei einigen Fragen dachte ich mir nur:„Was wollen die eigentlich hören?

„Wie würden Sie die Schüler am besten auf das Abitur vorbereiten?“ Die Antwort „durch guten Unterricht“, die mir sofort einfiel, war zu banal. Die Schulleiterin suggerierte: was würden Sie zusätzlich anbieten – leider fiel mir nichts ein. Bei anderen Fragen konnte ich mich besser herausmanövrieren. Zum Glück wird man im Laufe des Referendariats mit didaktischen Ansätzen vom selbstständigen Lernen bis hin zu den neuen didaktischen Methoden dermaßen überhäuft, dass man aus dieser Quelle unermüdlich schöpfen kann. Die Frage, kaum zu glauben, die mich wiederum in Schwierigkeiten brachte, klang etwas banal: „Welche Hobbys haben sie?“

Verbindliches Verfahren festlegen

Es klingt alles lustig, aber in der Tat war es ziemlich ernst. Wenn ich keine Schule gefunden hätte, hätte ich meinen Koffer packen müssen – wie beim Lied der GEW-Aktion „Tschüss Herr Böger!“ im Februar 2005. Trotz aller aufgebrachten Mühe, die Gleichstellung zu bekommen, wäre ich in mein Heimatland zurückgegangen, um mir die Ein-Euro-Jobs hierzulande zu ersparen. Wenn ich an die zwei Monate zurückdenke, während derer ich meinen Briefkasten immer sehr besorgt aufgemacht habe, frage ich mich: Dürfen Schulen sich wie Betriebe der freien Wirtschaft verhalten und keine Antwort schicken? Sollte das Bewerbungsverfahren – da es sich um öffentliche Stellen handelt – nicht eine fest geregelte Vorgehensweise haben, die von allen Schulen respektiert werden muss?

ÄRGER ÜBER DIE SCHULPOLITIK

Sehr geehrter Herr Böger, sehr geehrte Damen und Herren,
beim Lesen des Artikels „Senator Böger verteidigt Lehrer Casting“ in der Tagesspiegelausgabe vom 21.07.05, Seite 10 im Berlin Teil, musste ich zum wiederholten Male feststellen, dass Aussagen hinsichtlich der Lehrereinstellungen zum Schuljahr 2005/06 ständig umgestoßen, ergänzt, widerrufen und nun erneut Einstellungszusagen gegeben wurden.
Die Tatsache, dass sich bisher abgewiesene Lehramtsanwärter nun in einem zweiminütigen Gespräch um eine Einstellung in den Schuldienst bewerben konnten, ist untragbar, besonders in Hinsicht darauf, dass das neue Schulgesetz beinhaltet, dass die Schulleitung Einfluss auf die Einstellung von neuen Lehrern innehat mit dem Argument der Qualitätssicherung und Schulprofilfindung.
Des Weiteren ist die Aussage untragbar, die Verteilung der Schülerzahlen auf öffentliche und private Schulen sei noch nicht abschließend gesichert und stünde noch nicht fest. Bereits im Mai 2005 wurde eine Korrektur der benötigten Lehrereinstellungen in Bezug auf die Schülerzahlen vorgenommen.
Abschließend ist ihre Bewerbungsgesprächpolitik zu kritisieren.
Eine Kontaktaufnahme mit Lehramtsanwärtern ausschließlich auf telefonischer Basis und mit einer Rückmeldefrist auf die Einladung innerhalb von 7 Tagen ist unüblich und als höchst unseriös zu bezeichnen.
Die sich mit den Lehrereinstellungen in Berlin befassenden Gremien sind anscheinend nicht in der Lage, Schulpolitik in ihrer Wichtigkeit zu bewerten und können sich offenbar mit ihrer Zustimmung solche Verfahrensweisen erlauben.

Margarete Reuter,
eine verärgerte Mutter einer Lehramtsanwärterin

Gruppen-Casting 2005

Freude, Frust und Ärger beim Einstellungsverfahren lagen dicht beieinander.

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Holger Dehring, Referatsleiter Angestellten- und Beamtenrecht

Voller Freude waren die BewerberInnen als sie Anfang Juli überraschend doch noch zu einem Einstellungsgespräch eingeladen wurden. Noch zu Beginn der Sommerferien mussten sie davon ausgehen, dass sie wieder einmal keine Stelle in der Berliner Schule erhalten und sich anderweitig um eine Einstellung bemühen müssten. Deshalb war die Anspannung besonders hoch. Wer will schon eine solche Chance vergeben?

Einstellungen mit großen Mängeln

Mit Erstaunen mussten sie dann feststellen, dass statt Einzelgesprächen ein Gruppen-Casting durchgeführt wurde. Im Grundschulbereich wurden bis zu zehn KandidatInnen gleichzeitig zum Gespräch gebeten, innerhalb von zwei bis drei Minuten durfte sich dann jede/r der Auswahlkommission vorstellen, die dann anschließend die Zuordnung der BewerberInnen zu den ausgewählten Schulen vornahm.

Es zeigte sich, dass diese Vorgehensweise völlig untauglich war, um ein differenziertes Bild von den BewerberInnen zu erhalten. Die Senatsverwaltung hatte aber vorgebaut. Für den Grundschulbereich wurde nur angeschrieben, wer das Fach Musik, Englisch, Biologie, Sport oder Mathematik hatte. Ausgewählt werden konnte hier kaum, da die Anzahl der Bewerbungen mit der Anzahl der zu besetzenden Stellen insgesamt übereinstimmte.

Die bei den Einstellungsgesprächen anwesenden Beschäftigtenvertretungen haben sowohl den Bedarf der Schulen als auch die Rechte der BewerberInnen im Blickfeld. Sowohl die Art des Auswahlgesprächs als auch, dass teilweise die betroffenen SchulleiterInnen nicht anwesend waren, wären eigentlich Ablehnungsgründe gewesen. Denn nach der bisherigen Darstellung der Bildungsverwaltung haben diese allein die Auswahlentscheidung zu treffen (siehe Artikel von Knut Langenbach). Hier ging es plötzlich auch ohne sie. Da aber alle KandidatInnen, sofern sie geeignet

Es geht auch ohne Casting! FOTO: MANFRED VOLLMER

waren, eingestellt wurden, stellten die Beschäftigtenvertretungen ihre grundsätzlichen Bedenken zurück und stimmten den Einstellungen zu.

Anders sah es im Oberschulbereich aus. Auch hier war die Freude über die zusätzlichen Einstellungsmöglichkeiten groß. Die Einladung zum Auswahlgespräch erfolgte jedoch oft nach dem Zufallsprinzip. Wer erreichbar war, hatte Glück. In nicht wenigen Fällen wurde das Einstellungsverfahren außerdem entgegen der Regelung in der Arbeitsanweisung durch die Schulaufsicht geführt. Die Anwesenheit der Schulleitungen war hier eher die Ausnahme.

Diese Vorgehensweise benachteiligt BewerberInnen und stellt einen Verstoß gegen die Arbeitsanweisung dar. Das war von den Beschäftigtenvertretungen nicht mehr tolerierbar und führte deshalb in einigen Fällen zur Ablehnung des Einstellungsbegehrens. Die Ablehnung der Personalräte wurde jedoch von der Senatsschulverwaltung übergangen: es wurde trotzdem eingestellt. Gegen diese Missachtung der Mitbestimmung werden die Personalräte klagen. Zu erwarten ist aber auch, dass benachteiligte BewerberInnen sich juristisch wehren werden.

Das Aufwachen der Bildungsverwaltung

Wie kam es zu diesem Hauruckverfahren? Die Planungen der Schulverwaltung gingen bisher davon aus, dass unter Einbeziehung der Nachsteuerung alle Einstellungen im Wesentlichen bis zu den Sommerferien vollzogen seien und damit der erforderliche Bedarf abgedeckt sei.

Das seit diesem Jahr geltende neue Einstellungsverfahren besteht aus zwei zeitlich nacheinander ablaufenden Abschnitten. Im ersten Teil werden schulbezogene Einstellungsmöglichkeiten ausgeschrieben, in diesem Jahr 80 für die allgemeinbildenden Schulen und 40 für die zentralverwalteten und berufsbildenden Schulen. Schon hier zeigten sich immer dann Schwierigkeiten, wenn die Schulbezogenheit nicht qualitativ untersetzt war. So mussten mitunter Schulleitungen eine Auswahl zwischen mehr als 100 BewerberInnen vornehmen – nicht nur ein enormer Zeitaufwand, sondern auch ein reines Glücksspiel. In dieser Zeit (März bis Mai 2005) konnten jedoch auftretende Probleme in kooperativer Tätigkeit zwischen Schulleitung, Schulaufsicht und Beschäftigtenvertretung gelöst werden.

Das sich anschließende Nachsteuerungsverfahren erfolgte ohne konkrete Ausschreibung einzelner Stellen. Es gab nur eine undifferenzierte allgemeine Ausschreibung. Unabhängig vom vorhandenen regionalen Bedarf ordnete die Zentrale der Schulverwaltung die vorgesehenen Einstellungen den Schulen zu, etwa fünf für jede Region und 80 für den zentralverwalteten und berufsbildenden Bereich. Weitere 60 Stellen standen zur Aufstockung von in Teilzeit angestellten Lehrkräften zur Verfügung, insgesamt also 320 Stellen.

Hinweise der Beschäftigtenvertretungen, von der GEW BERLIN und aus den

Regionen der Senatsverwaltung bezüglich einer dann immer noch vorhandenen Unterausstattung wurden vom zuständigen Abteilungsleiter der Senatsschulverwaltung ignoriert. Seiner Meinung nach gäbe es nur eine zahlenmäßige Betrachtung und diese würde eine Ausstattung widerspiegeln, wie sie die Organisationsrichtlinien vorsehen. Weitere Einstellungen seien nicht notwendig und außerdem nicht bezahlbar.

Aber plötzlich war doch alles möglich und es kam in letzter Minute zur zweiten Nachsteuerung im Castingverfahren. Wer sorgte für die jähe Wendung? Wurde falsch gerechnet? Haben die Bezirke die falschen Schülerzahlen genannt? Hat der Protest der GEW BERLIN gemeinsam mit dem Landeselternausschuss ein Vorwahl-Geschenk gebracht? Wurde Abteilungsleiter Ludger Pieper bewusst in die Irre geführt? Wir werden es wohl nie aufklären können.

Erfreulich ist aber, dass weitere 170 Einstellungen möglich wurden. Durch die Einstellung mit Zweidrittel-Verträgen – nach zwei Jahren ist eine Aufstockung auf eine volle Stelle vorgesehen – kommen so insgesamt rund 560 frische Lehrkräfte in die Schule und auf eine Stelle.

Aus Fehlern lernen

Schon jetzt ist erkennbar, dass die versprochene Ausstattung der Schulen mit 105 Prozent nicht erreicht wird. Dafür sind weitere Einstellungen erforderlich. Der Abschluss von Zweidrittel-Verträgen – im Grundschulbereich ergeben sich daraus Gehälter in Höhe von etwa 1.100 Euro netto – ist nicht werbefreundlich für das Land Berlin. Um in den nächsten Jahren den vorhandenen Bedarf abdecken zu können, müssen wieder in allen Bereichen volle Stellen besetzt werden.

Das Einstellungsverfahren ist so zu verändern, dass eine Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben möglich ist und die Ausstattung der Schulen mit Personal weiter in der Gesamtverantwortung der Zentrale der Senatsschulverwaltung verbleibt. Die GEW BERLIN wird sich gemeinsam mit den Beschäftigtenvertretungen dafür einsetzen.

Schulleitung ohne Personalvertretung

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden.

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Knut Langenbach, Hauptpersonalrat

Am letzten Schultag des alten Schuljahres hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig darüber entschieden, ob SchulleiterInnen und StellvertreterInnen so viel Personalentscheidungen zu treffen haben, dass man sie als „Leitende Angestellte“ verstehen muss. Leitende Angestellte aber können nicht mehr für den Personalrat kandidieren und die Personalräte haben in deren Angelegenheiten nicht mehr mitzubestimmen. Das Ergebnis des Gerichts:

1. Leider: Für die SchulleiterInnen gab das Gericht dem Senat recht. Sie können nicht mehr für den Personalrat kandidieren und ihre Angelegenheiten werden, wenn es sich um Mitbestimmung handelt, nicht dem Personalrat vorgelegt.
2. Gott sei Dank: Auch die StellvertreterInnen zu dieser Gruppe zu rechnen hat das Gericht abgelehnt. Hier bleibt die Möglichkeit, zum PR zu kandidieren und die Mitbestimmung der Personalräte erhalten.
3. Strittig war auch, ob die Personalräte bei dem Vorschlag an die Schulkonferenz für eine neue stellvertretende SchulleiterIn oder AbteilungsleiterIn im OSZ beteiligt werden. Da hat das Gericht dem Senat und Abgeordnetenhaus eine gehörige Ohrfeige wegen schlampiger Gesetzgebung verpasst und festgestellt, dass bei diesem Schlamperladen „nicht mit der nötigen Gewissheit“ festgestellt werden könne, was der Gesetzgeber meinte, und ihn deshalb aufgefordert, hier klaren Tisch zu machen.

Soweit so gut und so schlecht. Was wir seit über einem Jahr kritisieren, dass nämlich der Schulsenator mit seinem Schulgesetz die Abgeordneten darüber täuschte, dass er nun SchulleiterInnnen ganz allein und ohne die Rechtskontrolle der Personalräte aussuchen will, das hat er nun vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt bekommen.

Dabei durfte Ludger Pieper als Vertreter des Senats – wie schon im letzten Jahr vor dem Oberverwaltungsgericht – ebenso eindringlich wie ausführlich feststellen, dass selbstverständlich die SchulleiterInnen die abschließende Auswahlkompetenz bei der Einstellung neuer Lehrkräfte hätten und kein Schulaufsichtsbeamter an der Auswahl, die eine SchulleiterIn getroffen hat, mehr etwas ändern könne. Dies sei schließlich ein wesentlicher Baustein und Ausdruck der im Schulgesetz vorgeschriebenen erweiterten Selbstständigkeit der einzelnen Schule.

Und das Einstellungsverfahren im Juli vor drei Wochen? Pieper gibt vor, dass die Auswahl am 20.07. beendet sein muss. SchulleiterInnen, die nicht in Berlin und nicht erreichbar sind, werden automatisch durch die Schulaufsicht als Auswählende ersetzt. Dies trifft mindestens auf die Hälfte der Einstellungsauswahl zu.

Könnte die angeblich so heiß gewünschte angeblich so große „Selbstständigkeit“ der Schulen doch überwiegend zum Aushebeln der Mitbestimmung taugen? Im Alltag können dann die Kollegen in der Beuthstraße wieder fröhlich zentralisieren und allein entscheiden. Personalräte stören dann nicht. Unsere Abgeordneten im Parlament sollten sich diese Lektion zu Herzen nehmen. Für uns in den Schulen ist es ein weiterer Hinweis darauf, welchen Bestand „politische Erklärungen“ im Alltag haben.

Neues Steuerrecht für Renten

Informationen und Tipps zur Steuererklärung.

von Werner Golmer, Seniorenausschuss

Viele Rentner und Pensionäre werden in den kommenden Jahren erstmals mit dem Finanzamt zu tun haben. Deshalb haben wir bereits in der Dezember-blz 2004 informiert über die Anrechnung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, den Werbungskostenpauschalbetrag, den Sonderausgabenpauschalbetrag und den Altersentlastungsbetrag. Hier nun weitere Informationen.

Die Steuerpflicht

Steuerpflichtig sind alle gesetzlichen Renten und Renten aus einer privaten Unfallversicherung, Renten aus betrieblichen Pensions- und Unterstützungskassen, sowie Rentennachzahlungen. Ausgenommen sind nur Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung, der Kriegsopfer- und Wehrdienst- bzw. Zivildienstrenten sowie Renten aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts. Ebenso steuerpflichtig sind Einkünfte aus Kapitalvermögen oberhalb der Freigrenze von gegenwärtig 1.370 Euro (plus Werbungskosten), Einkünfte aus selbstständiger und nichtselbstständiger Tätigkeit, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.

Es ist ratsam, von Beginn des Jahres an die Ausgabebelege als Nachweise zu sammeln, denn in manchen Fällen ist der Einzelnachweis vorteilhafter als die Inanspruchnahme der Frei- bzw. Pauschalbeträge.

Zu den Werbungskosten

Automatisch wird ein Werbungskostenpauschalbetrag in Höhe von 102 Euro abgezogen. Übersteigen die tatsächlichen Werbungskosten diesen Betrag, so ist dies gegenüber dem Finanzamt nachzuweisen. Abzugsfähige Werbungskosten bei Renteneinkünften können sein: Rechtsberatungs- und Prozesskosten, Honorare für Versicherungsberater, Gewerkschaftsbeiträge, Mitgliedsbeiträge in Lohnsteuerhilfevereinen, Aufwendungen für Rentenliteratur, die im Zusammenhang mit Ansprüchen aus der gesetzlichen oder privaten Rentenversicherung stehen. Für das Girokonto können pauschal 16 Euro angegeben werden.

Zu den Sonderausgaben

Zu den Sonderausgaben gehören die Vorsorgeaufwendungen (z.B. Versicherungen), Renten an Dritte, gesetzliche Unterhaltszahlungen, Kirchensteuer, Spenden und Mitgliedsbeiträge sowie Kosten für die Rechtsberatung. Sonstige Aufwendungen nach dem Alterseinkunftsgesetz können Rentner bis zu einer Höhe von 1.500 Euro pro Jahr absetzen. Das sind in erster Linie die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, aber auch andere Versicherungen wie Privathaftpflicht, Kraftfahrzeughaftpflicht, private Unfall-, Kranken-, Pflegeversicherungen sowie Risiko- und Kapitallebensversicherungen (nur Abschlüsse bis zum 31.12.2004). Sachversicherungen wie Hausratsversicherung, Vollkaskoversicherung und Rechtschutzversicherung sind nicht abzugsfähig.

Die übrigen Sonderausgaben sind in der getätigten Höhe absetzbar. Eine Begrenzung gibt es dort lediglich bei den Spenden und Mitgliedsbeiträgen: Spenden für kirchliche, religiöse und besonders förderungswürdige anerkannte gemeinnützige Zwecke sind bis zu 5 Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte absetzbar, Spenden für wissenschaftliche, mildtätige und als besonders förderungswürdige anerkannte kulturelle Zwecke bis zu 10 Prozent. Hierzu gehören auch die Mitgliedsbeiträge für gemeinnützig anerkannte Vereine und Gewerkschaften.

Bei Mitgliedsbeiträgen und Spenden an politische Parteien und unabhängige Wählervereinigungen ermäßigt sich die Steuerschuld um 50 Prozent der tatsächlichen Ausgaben, höchstens jedoch um 825 Euro. Als Nachweis ist eine Zuwendungsbestätigung erforderlich. Unter bestimmten Voraussetzungen – z.B. zur Linderung der Not in Katastrophenfällen – genügt der Einzahlungsbeleg bzw. die Bestätigung der Buchhaltung. Quittungen reichen aus, wenn der Zuwendungsbetrag 100 Euro nicht übersteigt. Auch Steuerberatungskosten (auch für steuerliche Fachliteratur) gehören zu den abzugsfähigen Ausgaben. Ein Nachweis lohnt sich nur, wenn der Pauschalbetrag von 36 Euro überschritten wird.

Zu den außergewöhnlichen Belastungen

Weiterhin können außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden. Hier einige Beispiele.

- *Bei Behinderung*

Voraussetzung ist hier ein Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 25. Als Pauschalbeträge werden dann gewährt bei einem GdB von 25 und 30: 310 €; von 35 und 40: 430 €; 45 und 50: 570 €; 55 und 60: 720 €; 65 und 70: 890 €; 75 und 80: 1.060 €; 85 und 90:1.230 €; 95 und 100: 1.420 €. Hilflose und Blinde erhalten einen Pauschbetrag von 3.700 Euro.

- *Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt bzw. eines Dienstleisters*

Aufwendungen sind hier bis zu 624 Euro/Jahr absetzbar; also pro Monat 52 Euro bei nicht ganzjähriger Beschäftigung. Bei Hilflosigkeit und Schwerbehinderung ab 45 Grad erhöht sich der Jahresbetrag auf 924 Euro.

- *Unentgeltliche, persönliche Pflege einer ständig hilfslosen Person*

Die Hilflosigkeit muss nachgewiesen werden. Der Pauschalbetrag hiefür beträgt 924 Euro. Bei höherem Aufwand ist ein Einzelnachweis erforderlich.

- *Mehrere außergewöhnliche Belastungen wie z.B. Kranken- und Kurkosten*

Nur wenn die zumutbare Belastungsgrenze überschritten wird, ist es sinnvoll Einzelnachweise einzureichen. Steuermindernd wirkt sich nur der Betrag über der zumutbaren Belastungsgrenze aus. Diese liegt bei Einkünften bis zu 15340 Euro bei 5 (Alleinstehende) bzw. 4 Prozent (Ehepaare) des Einkommens, bei Einkünften über 15340 Euro liegt die Belastungsgrenze bei 7 (Alleinstehende) bzw. 6 Prozent (immer ohne Kinder). Kurkosten werden immer nur bei genehmigten Kuren anerkannt.

Die Arbeitsgruppe „Altersversorgung" des Landesseniorenausschusses wird weiter informieren.

Zwei Seelen in meiner Brust

Zur Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms für Kindertagesstätten.

von Gretel Voss, Steglitz-Zehlendorf

Das Berliner Bildungsprogramm ist als verbindliche Arbeitsgrundlage für alle Kindertagesstätten sowohl von der Liga der freien Verbände als auch von der Senatsverwaltung anerkannt. Es ist ein Programm, für das wir den „MacherInnen“ nur sehr dankbar sein können. In kurzer, prägnanter Form werden die wesentlichen Bildungsbereiche dargestellt und in der Verbindung mit ganzheitlichen Entwicklungsansätzen werden praktische Umsetzungshinweise gegeben. Alle wichtigen Erkenntnisse aus Pädagogik, Soziologie und Psychologie wurden berücksichtigt. Mehr Orientierung und damit Unterstützung kann es aus meiner Sicht für die pädagogische Arbeit kaum geben.

Die eine Seite der Medaille

Beim Lesen des Artikels „Ein Jahr Bildungsprogramm“ von Christiane Weißhoff in der Juli/August-Ausgabe der blz sprachen zwei Seelen in meiner Brust. Natürlich könnten die Rahmenbedingungen besser sein. Die Kindertagesstätten und damit die Mitarbeiterinnen sind gegenwärtig ohne Frage stark belastet durch die Verlagerung der Horte an die Schulen. Für viele wird es nicht unerhebliche personelle Veränderungen geben. Auch werden einige Kitas von Schließung bedroht sein. Ganz zu schweigen vom drohenden Wechsel in den Personalüberhang. Verständnis von politischer Seite kann offensichtlich nicht erwartet werden. An dieser Stelle neige auch ich dazu, in das allgemeine Klagelied einzustimmen.

Bilden statt klagen

Ich finde es auf der anderen Seite selbstverständlich, dass Kita-Leitungen unter Einbeziehung ihrer fachlichen und methodischen Kompetenzen die Erarbeitung des Bildungsprogramms selbstständig und zeitnah mit ihrem Team durchführen. Jede Erzieherin muss in der Lage sein, das Berliner Bildungsprogramm für sich zu lesen und dabei zu überprüfen, aus welchen dort genannten Elementen ihre pädagogische Arbeit bereits besteht und welche Bestandteile sie noch aufnehmen muss.

Weniger Zeit für Kinder?

Wenn eine Kindertagesstätte eine Bildungseinrichtung ist, dann muss sich auch eine Erzieherin entsprechend „bilden“. Und wenn das in Dienstbesprechungen und an Fortbildungstagen geschieht, ist das ein Bestandteil der täglichen Arbeit und nicht zusätzlich und kommt unmittelbar den Kindern zugute!

Eine Erzieherin muss durch die Umsetzung des Bildungsprogramms nicht zwangsläufig weniger Zeit für die Kinder haben. Sie muss nur den Tag anders strukturieren, verbindlicher arbeiten und sich von dem illusionären Anspruch verabschieden, immer gleichzeitig für alle Kinder da sein zu müssen. Und wenn ich schon mal dabei bin, mich unbeliebt zu machen: Was ist eigentlich daran so schlimm, wenn auch mal in der S-Bahn ein paar Fachbuchseiten gelesen werden? Das Berliner Bildungsprogramm besteht aus 93 gut verständlichen Textseiten, pro Bildungsbereich sind das 8 bis 10 Seiten. Jeder Arbeitnehmer trägt die Verantwortung dafür, sich für seine bezahlten Aufgaben fit zu halten, bzw. sie selbstkritisch zu reflektieren und Erkenntnisse daraus in sein Handeln zu integrieren. Dieser Aspekt wird auch von der Gewerkschaft zu wenig betont und damit die Haltung unterstützt, dass der Arbeitgeber allumfassend für die berufliche Fortbildung zuständig ist. Kolleginnen, die sich mit dem Bildungsprogramm bereits auf den Weg gemacht haben, sind darüber erstaunt, wie mit den neuen Strukturen, zum Beispiel durch verbindliche Beobachtung und Dokumentation, die pädagogische Arbeit und die Zusammenarbeit mit den Eltern an Qualität gewinnt. Ihr Stellenwert als Erzieherinnen wächst. Die Evaluation der veränderten pädagogischen Arbeit ist innerhalb eines Qualitätskreislaufes eine logische und notwendige Schlussfolgerung. Die Erarbeitung des Bildungsprogramms ist keine zusätzliche, sondern eine längst überfällige Aufgabe. Die Bildungseinrichtung Kindertagesstätte verfügt damit über ein Konzept, das einen einheitlichen Rahmen vorgibt, trotzdem Raum für individuelle Schwerpunkte lässt und an dessen Umsetzung sie sich messen lassen kann. Wenn Christiane Weißhoff zwar die Erarbeitung des Bildungsprogramms mit ihren Kolleginnen begonnen hat, jedoch im gleichen Atemzug bessere Rahmenbedingungen fordert, wohnen dann nicht auch zwei Seelen in ihrer Brust? Wie hat sie sich entschieden?

Nur eine Seele kann Recht haben

Es gibt meiner Ansicht nach keinen Zweifel daran, dass es nur die zweite Seele sein kann, der wir Raum geben müssen. Die befürwortet, dass trotz der bestehenden Politik die Kinder mit dem Besuch einer Kindertagesstätte verbesserte Bildungschancen erhalten. Angesichts der vielfältigen Veränderungen müssen Erzieherinnen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zum Bildungsprogramm in ihren beruflichen „Werkzeugkoffer“ packen, damit sie trotz der schwierigen, belastenden Situation mit Freude und persönlicher und fachlicher Kompetenz arbeiten können.

Wichtige Arbeitsgeräte für die Schulanfangsphase. FOTO: M. VOLLMER

Aus zwei mach drei

Über die Praxis des jahrgangsübergreifenden Lernens in der Berliner Grundschule.

FOTO: PRIVAT

von Hildegard Greif-Groß, Konrektorin der Peter-Petersen-Schule und Koordinatorin des ehemaligen Schulversuchs JÜL

Mit dem neuen Schulgesetz wurde für Berlin die jahrgangsgemischte Arbeit in der flexiblen Schulanfangsphase (1. und 2. Jahrgang) verbindlich vorgeschrieben. Darüber hinaus kann jede Schule bei der Erstellung ihres Schulprogramms beschließen auch in den folgenden Klassenstufen jahrgangsübergreifend zu arbeiten.

Berlin erfüllt die Voraussetzungen für eine optimale Jahrgangsmischung von der ersten bis zur dritten Klasse durch die 6-jährige Grundschule und es gibt meines Erachtens keine pädagogischen Gründe nur zwei statt drei Jahrgänge zu mischen. Petersen hat schon vor Jahrzehnten in seiner Versuchsschule in Jena verschiedene Zusammensetzungen erprobt und die Kombination von drei Jahrgängen empfohlen. Auch unsere Erfahrungen geben ihm recht.

Der mehrfache Rollenwechsel einer SchülerIn, der in einer dreijährigen jahrgangsgemischten Gruppe möglich ist, bietet die beste Grundlage für eigenverantwortliches Lernen. Die Erfahrungen der Kinder in wechselnden Rollen als Anfänger (1. Jhg.), Fortgeschrittene (2. Jhg.) und Könner (3. Jhg.) bzw. als Lehrling, Geselle, Meister (bei Petersen) auftreten zu können, unterstützen die Entwicklung eines kritischen Selbstbildes enorm, fördern und fordern die Selbstwahrnehmung. Die beobachtende Teilnahme an der Entwicklung älterer und jüngerer MitschülerInnen über mehrere Jahre hinweg ermöglicht jedem Kind, Perspektiven für eigene Entwicklungsmöglichkeiten zu sehen, was unter Gleichaltrigen in diesem Maße nicht möglich wäre.

Hierzu ein Beispiel aus der Praxis der erweiterte Schulanfangsphase eins bis drei in der Peter-Petersen-Schule.

Die „Kleinen" kommen

Wenn die Erstklässler am Samstag zur Einschulung kommen, werden sie bereits von den Mitschülern ihrer Stamm-

gruppe erwartet. Eine Woche lang haben die älteren SchülerInnen und die LehrerInnen deren Namensschilder hergestellt, ihnen Plätze zugeteilt, darüber gesprochen, wie sie selbst sich bei ihrer Einschulung gefühlt haben und worauf man bei den „Sonnenkindern“ jetzt achten muss, wie man ihnen sinnvoll hilft und wer sich in den ersten Tagen besonders um welches Kind kümmern wird.

Das Erscheinen der Kleinen bedeutet gleichzeitig einen Rollenwechsel für die anderen Kinder. Die Zweitklässler (Mond-Kinder) sind jetzt nicht mehr klein und müssen sich einen neuen Platz in der Gemeinschaft erarbeiten. Die Lehrerin wird sich eine Zeit lang weniger intensiv um sie kümmern und das können sie auch verstehen, weil ja jetzt andere ihren Platz eingenommen haben. Einige von ihnen freuen sich auch schon darauf, den Kleineren helfen zu können, andere sind erst einmal ganz mit sich selbst und ihrer neuen Eigenständigkeit beschäftigt.

Die „Sterne“ (Drittklässler) übernehmen meistens stolz ihre neue Rolle als Große und tragen gerne Verantwortung für die Kleinen. Sie müssen allerdings jetzt auch viel Verantwortung für sich selbst übernehmen und endlich selbstständig arbeiten lernen, wenn sie dies bisher noch nicht getan haben!

Das tägliche Miteinander wird in den Gesprächskreisen regelmäßig reflektiert, Konflikte werden besprochen, Lösungsmöglichkeiten ausführlich diskutiert. Je nach Zusammensetzung der Gruppe übernehmen Drittklässler manchmal auch die Rolle des Gesprächsführers und klären Probleme – auch ohne Lehrer. Sie werden dabei von den Jüngeren meistens akzeptiert, weil sie die Älteren/Erfahreneren sind, die ihnen ja auch helfen! Die Älteren fühlen sich verantwortlich und greifen auch ein, wenn die Kleinen Probleme miteinander haben. Gleichzeitig lernen die Jüngeren, wie man mit Konflikten umgehen kann, alles mit dem Wissen, dass sie selbst irgendwann auch die Großen sein werden und später einmal diese Rolle übernehmen können.

Natürlich kommt es vor, dass die Großen ein „schlechtes Beispiel“ geben. Dann muss wieder ein Gesprächskreis helfen, die Rechte und Pflichten der einzelnen Gruppenmitglieder zu klären. Schwierig werden Gesprächskreise manchmal, wenn jüngere Kinder ihren älteren Mitschülern geistig und moralisch (sozial) überlegen sind. Dann ist die Einfühlsamkeit und Geschicklichkeit der LehrerInnen gefragt, diesen Prozess zu steuern und – wenn nötig – auch deutlich Maßstäbe zu setzen und zu werten.

Die Selbstwahrnehmung schärfen

Durch die ständige Beobachtung jüngerer und älterer MitschülerInnen schärft sich bei den Kindern die Selbstwahrnehmung: Eine leistungsstarke SchülerIn, die ihren MitschülerInnen aus dem gleichen Jahrgang überlegen ist, erlebt täglich, dass sie noch mehr lernen kann. In besonderen Fällen arbeitet sie nach einiger Zeit oder in bestimmten Bereichen mit den Älteren. Leistungsschwache Kinder, die beim Vergleich mit Gleichaltrigen das Gefühl haben, nichts zu können, erleben spätestens bei der Einschulung des nächsten Jahrgangs, dass sie anderen auch einmal etwas zeigen können.

Die Beobachtung anderer und der Vergleich mit ihnen hat eine ständige, meist unbewusste Selbstreflektion zur Folge, die dem einzelnen Kind hilft, selbst die Verantwortung für sein eigenes Lernen zu übernehmen. Beim Helfen erhöht sich das Niveau des eigenen Denkens, da Sachverhalte, die verbalisiert werden, erwiesenermaßen eine höhere Denkstruktur fördern bzw. erfordern. Nicht jedes Kind ist der „geborene“ geduldige Helfer. Auch hier lernt jeder Schüler innerhalb seiner Möglichkeiten soziale und kommunikative Kompetenzen, Achtsamkeit und Geduld.

Der Sprachstand einer jahrgangsgemischten Gruppe ist höher als der einer ähnlich zusammengesetzten Jahrgangsklasse, weil schulerfahrene Kinder die Sprache geübt haben. Natürlich ist es wünschenswert, dass nicht nur die LehrerIn als Sprachvorbild für die deutsche Sprache zur Verfügung steht, aber leider ist das nicht in allen Bereichen der Stadt möglich! In der Jahrgangsmischung 1-3 gibt es immerhin MitschülerInnen, die seit zwei Jahren das Sprechen der deutschen Sprache und eines bestimmten Wortschatzes geübt haben.

Durch das tägliche Miteinander mit Kindern, die bereits lesen können oder andere Kulturtechniken beherrschen, haben die SchulanfängerInnen ihre Ziele ständig vor Augen, erkennen den Sinn derselben und erleben es als erstrebenswert, diese zu erreichen.

Veränderte Arbeitsformen sind nötig

Eine konsequente Binnendifferenzierung ist grundlegende Voraussetzung für die Arbeit in jahrgangsgemischten Stammgruppen. Wochenplanarbeit, projektorientiertes Arbeiten, Stationenlernen, individualisierende Aufgabenstellungen, freie Arbeit und alle anderen binnendifferenzierten Arbeitsformen sind eine wichtige Grundlage der täglichen Arbeit. Lehrerzentrierte Unterrichtsformen haben durchaus ihren Raum, vor allem im Kreis, bei themenorientierten Unterrichtsgesprächen und gemeinsamen Erarbeitungen. Sie sind aber nicht die vorherrschende Unterrichtsform.

Viele Rituale strukturieren den Unterrichtsalltag, Entspannungsphasen müssen eingebaut werden und Regeln ein-

Voll dabei und konzentriert: Kinder lernen von Kindern. FOTO: MICHAEL SEIFERT

geführt werden. Der Raum muss eine übersichtliche Struktur erhalten, so dass die Kinder selbstständig ihre Arbeitsmaterialien finden und wieder einsortieren können. Die älteren SchülerInnen müssen auf den Umgang mit den jüngeren gut vorbereitet werden.

Das alles kostet viel Arbeit und Energie. Deshalb ist es wichtig, dass alle beteiligten Lehrkräfte im Team arbeiten und üben, sich die Aufgaben aufzuteilen und sich über Ideen, Material und die verschiedenen Prozesse auszutauschen und über Unzufriedenheiten ein offenes Wort zu sprechen. Dazu sind regelmäßige Absprachen und mindestens einmal in der Woche stattfindende Treffen nötig. Nach unseren Erfahrungen und für viele sicherlich erstaunlich, verbessert sich trotz des erhöhten Zeitaufwands die Arbeitsatmosphäre und die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit steigt.

Allen Kindern eine Chance

Die Entscheidung, allen Kindern in Berlin am Schulanfang einen gemeinsamen Start zu ermöglichen, sie individuell in einer heterogenen Gruppe zu fördern und nicht schon vor der Einschulung einige auszusortieren, hat eine pädagogische Grundlage und ist kein Sparmodell, was in letzter Zeit hier und da behauptet wurde.

Kindern in der Schulanfangsphase individuelle Lernwege zu ermöglichen und sie nicht bereits vor der Einschulung zu stigmatisieren war eine pädagogische Entscheidung. Dass jedes Kind sich in seiner Individualität besser entwickeln kann, wenn es „normal ist, verschieden zu sein“, beweisen täglich jahrgangsgemischte Gruppen in der internationalen Schulwelt, auch wissenschaftliche Untersuchungen, die das belegen, gibt es reichlich in der pädagogischen Literatur.

Dass lediglich eine Mischung von zwei Jahrgängen im Schulgesetz vorgesehen wurde, ist eine politische Entscheidung, die nicht pädagogisch begründet ist. Vorbild für die Minimal-Variante mit lediglich dem 1. und 2. Jahrgang sind andere Bundesländer, die mit der vierjährigen Grundschule leben müssen. In Nordrhein-Westfalen gibt es allerdings auch erfolgreiche Modelle, die vier Jahrgangsstufen mischen.

Der Schulversuch JÜL

In Berlin gibt es glücklicherweise bereits Erfahrungen mit der Jahrgangsmischung, von der im zu Ende gehenden Schuljahr bereits viele KollegInnen im Rahmen der Vorbereitung auf die „Flexible Schulanfangsphase“ profitiert haben, indem sie diese Schulen besuchten und sich von den KollegInnen beraten ließen.

Im Schuljahr 1999/2000 hatte die GEW gemeinsam mit der Senatsschulverwaltung den Schulversuch JÜL (jahrgangsübergreifendes Lernen) initiiert und unterstützt, der mit acht Schulen startete und ein Jahr später auf achtzehn Schulen erweitert wurde. Diese Grundschulen und einige Verlässliche-Halbtags-Grundschulen (VHG) arbeiten also bereits seit Jahren in der Schulanfangsphase jahrgangsgemischt nach unterschiedlichen Modellen.

Die Clara-Grunwald-Schule und die Peter-Petersen-Schule arbeiten seit mehr als 10 Jahren mit jahrgangsgemischten Stammgruppen 1-3 und 4-6 und machen damit gute Erfahrungen. Die Mischung der Jahrgänge 1-3 und 4-6 erwies sich als optimale Variante, da alle Vorteile jahrgangsgemischten Arbeitens dabei erst wirklich zum Tragen kommen.

In Zusammenarbeit mit der GEW haben erfahrene LehrerInnen die Vorteile der Mischung 1-3 gegenüber 1 und 2 in einer Broschüre zusammengestellt. Die Broschüre: „Jahrgangsübergreifendes Lernen in der Berliner Schule“ – Argumente für die Einführung – enthält diese Argumente und geht ausführlich auf die Besonderheiten der Mischung der Klassen 1-3 ein.

Wenn eine Schule sich entscheidet, in der Schulanfangphase mit den Jahrgängen 1-3 zu arbeiten, muss dies im Schulprogramm festgehalten werden. Die formale Vorgehensweise ist ebenfalls der Broschüre zu entnehmen.

Die oben genannte Broschüre kann über die GEW-Geschäftsstelle in der Ahornstraße bezogen oder unter http://www.gew-berlin.de/ 030507_juel_broschuere.pdf heruntergeladen werden. Zwischenberichte des Schulversuches JÜL unter: http://www.gew-berlin.de/3348.htm.

ARGUMENTE FÜR DIE ALTERSMISCHUNG IN DER GRUNDSCHULE

Für die SchülerInnen:

- Kein Kind ist immer das leistungsstärkste, kein Kind ist immer das leistungsschwächste.
- Jedes Kind, auch ein leistungsschwaches, erlebt, dass es Lernfortschritte macht.
- Jedes Kind kann sein Wissen weitergeben und festigen, indem es einem anderen (jüngeren) Kind etwas zeigt, erklärt; ihm in irgendeiner Form helfen kann.
- Jedes Kind kann den Stand seiner Leistungsentwicklung durch Vergleich einschätzen und beobachten und dabei erkennen, wohin seine Lernentwicklung führt.
- Jedes Kind erhält mehr Zuwendung, als eine einzelne LehrerIn ihm geben kann.
- Jedem Kind wird durch den Rollenwechsel zugemutet, sich mit sich, seinen Gefühlen und seiner Entwicklung auseinander zu setzen.
- Ein Kind kann seinen individuellen (schnelleren oder langsameren) Lernweg gehen, ohne seine soziale Gruppe zu verlassen.

Für die LehrerInnen:

- Anfangs Umdenken und Mehrarbeit! Aber:
- Teamarbeit wird sinnvoll und geschätzt, die Berufszufriedenheit steigt.
- Eingeführte Regeln und Arbeitsformen werden „vererbt“, müssen nicht in jeder Klasse wieder eingeübt werden. Feste Regeln und Rituale, von den Großen getragen, strukturieren die Woche, das Schuljahr und geben Sicherheit und Geborgenheit.
- Die älteren SchülerInnen unterstützen die Arbeit.
- Der Überblick über die Großgruppe wird erleichtert.
- Es gibt nie wieder die anstrengenden ersten Wochen in einer ersten Klasse, nie wieder die „schwierigen Sechsten“.
- Binnendifferenzierung wird zum Unterrichtsprinzip. Keine LehrerIn kann sich dieser Notwendigkeit mehr entziehen.

Dicke Luft in Klassenzimmern

Gesundheitsgefahren durch mangelhafte Hygiene in Berliner Schulen.

von Thomas Eikmann und Caroline Herr, Institut für Hygiene und Umweltmedizin, Justus-Liebig-Universität Gießen

Im Herbst 2004 wurde in verschiedenen Berliner Zeitungen über Messungen des Landesamtes für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi) in 40 Berliner Schulen berichtet, die in den Medien unter anderem zu folgenden Aussagen führten: „In den Klassenzimmern herrscht schlechte Luft. Der Aufenthalt in Berlins Schulen ist gesundheitlich bedenklich“ (*Berliner Zeitung* vom 1.10.2004) sowie „Dicke Luft in Klassenzimmern: Berlins Schulen sind zu schmutzig“ (*Berliner Morgenpost* vom 30.9.2004).

Ob unsere SchülerInnen dadurch frische Luft bekommen? FOTO: LIEDTKE/MICHEL

Feinstaubbelastung in den Schulen

Anlass für diese Meldungen waren Untersuchungen der Innenraumluft in Klassenzimmern von 40 ausgewählten Schulen hinsichtlich einer Reihe von Innenraumschadstoffen. Dabei lagen die Werte beim Feinstaub (nach Angaben in den Zeitungsartikeln) „mit durchschnittlich bis zu 100 µg/m³ drei Mal so hoch wie die Feinstaubbelastung im Berliner Stadtgebiet und überschreiten die ab 1. Januar 2005 geltenden Grenzwerte für die Außenluft um 100 Prozent.“ Außerdem lagen die Konzentrationen an Kohlendioxid „um bis zu 40 Mal über dem, was in der Außenluft gemessen wurde – und 20 Mal höher als der Wert, der für Büros vorgeschrieben ist.“

Weitere Messergebnisse in Bezug auf organische Schadstoffe oder Formaldehyd sowie anorganische Stoffe wie Dieselruß waren nach Angaben der Untersucher „überwiegend befriedigend“. Bewertet wurden die Messwerte folgendermaßen: „Die dicke Luft in den Klassenzimmern hat auch gesundheitliche Folgen. Gerade die winzigen Partikel können bis in die Lungenbläschen vordringen und sich dort jahrelang festsetzen. (...) Es kann zu Hustenreiz, aber auch zu Atemwegserkrankungen wie Bronchitis oder Entzündungen kommen. (...) Bei Kindern mit Allergien kann auch Asthma auftreten. Menschen, die ständig in staubbelasteter Luft sitzen, sind zudem anfälliger für Erkältungen.“

„Geradezu harmlos“ nehmen sich dagegen die C02-Messwerte und die Folgen des hohen Kohlendioxidgehaltes aus. Durch Sauerstoffmangel könne es „zu Konzentrationsstörungen und damit Leistungsabbau kommen.“ Zur Abhilfe dieser Problematik wird dann von den Untersuchern „konsequente Stoßlüftung vor und nach dem Unterricht sowie während der Pausen“ empfohlen.

Die Betroffenen wie zum Beispiel Schulleitungen, sind laut Zeitungsberichten von den Messwerten nicht besonders überrascht: „Bis vor sechs Jahren sind unsere Klassenräume noch täglich gereinigt worden, heute nur noch einmal die Woche ... Nur weil die Fachräume seltener geputzt werden, kann jede Klasse jetzt wenigstens zwei Mal wöchentlich sauber gemacht werden – ein Mal trocken, ein Mal feucht. Dennoch bleibt viel Dreck liegen ... Wir haben uns mittlerweile an den Dreck gewöhnt. ...Wenn man über die Fensterbank oder den Tafelschrank wischt, sind die Hände schmutzig. Die Ecken werden nur noch rund geputzt.“

Auch Elternvertreter halten die mangelhafte Reinigung für ein großes Problem: „Wenn wir überlegen, welche Anforderungen an Sauberkeit wir bei uns zu Hause stellen und in welche Umgebung wir unsere Kinder täglich zum Lernen schicken, dann klafft da eine große Lücke.“

Nährboden für Bakterien

Meldungen zur mangelnden Reinigung in Schulen gehören zu dem, was Hygieniker und Umweltmediziner in Deutschland inzwischen schon routinemäßig zur Kenntnis nehmen (müssen), sind sie doch ein Zeichen dafür, dass früher selbstverständliches Wissen und Handeln nach den Grundregeln der Hygiene bei den Behörden offenbar mehr und mehr abhanden kommt oder – überwiegend auf Grund der mangelnden finanziellen Ressourcen – nicht mehr die angemessene Beachtung findet. So weist das Umweltbundesamt, das hier eilends um eine Expertise gebeten wurde, darauf hin, dass mangelhafte Reinigung als ein relevantes hygienisches Problem anzusehen sei, da

der Staub unter anderem als ein Nährboden für Bakterien einzustufen ist. Offenbar in Kenntnis der wahren Verhältnisse wird aber sogleich auch die Mahnung hinterher geschoben, der Geldmangel der Kommunen dürfe „nicht dazu führen, dass Minimalanforderungen nicht erfüllt werden."

Die Diskrepanz zwischen den immer wieder festgelegten Anforderungen an die Hygiene in Schulen und den tatsächlichen Gegebenheiten wird dabei täglich immer größer. So gibt es inzwischen sogar eine eigene Norm (DIN 77400 Schulgebäude – Anforderungen an die Reinigung), vom Umweltbundesamt einen „Leitfaden für die Innenraumlufthygiene in Schulgebäuden" und im Internet in großer Zahl abrufbar Muster-Hygienepläne für Schulen gemäß § 36 Infektionsschutzgesetz.

Zwar findet in den Medien die Problematik der Verschmutzung und Verslumung nicht nur der Schulen, sondern auch anderer öffentlicher Einrichtungen (auch der Universitäten), durchaus eine erhebliche Aufmerksamkeit, angemessene Reaktionen der Verantwortlichen darauf sind aber eher selten. Lüften sei in einigen Räumen gar nicht möglich, weil die Fenstergriffe abmontiert wurden und manche Fenster seien so marode, „dass wir nicht wissen, ob wir sie je wieder zukriegen, wenn sie erst einmal offen sind" – so ein betroffener Schulleiter. Die verantwortlichen Schulbehörden ziehen sich oft auf mangelndes Wissen zurück: „Wir müssen erst mal versuchen, die Ergebnisse zu bekommen." Besonders originell erscheint in diesem Zusammenhang die Reaktion der Pressestelle der Berliner Schulverwaltung: „Das hat mit Bildung nichts zu tun."

Häusliche und öffentliche Hygiene

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch die offensichtliche Diskrepanz zwischen den Anforderungen an die persönliche und häusliche Hygiene der Bevölkerung und den (zunehmenden) unhygienischen Zuständen der öffentlichen Einrichtungen. Auf der einen Seite muss eher vor einem überflüssigen und übermäßigen Gebrauch von Desinfektionsmitteln und aggressiven Reinigungsprodukten im Haushalt gewarnt werden, auf der anderen Seite muss häufig von einer Benutzung der Schultoiletten aus hygienischen Gründen abgeraten werden. Dass der Respekt vor öffentlichen Einrichtungen und Eigentum mit Sicherheit drastisch sinkt, ist nachvollziehbar, und auch, dass dem Vandalismus damit Vorschub gegeben wird.

Offenkundige hygienische Mängel finden inzwischen nur noch die notwendige Aufmerksamkeit, wenn sie, wie in dem geschilderten Fall, durch wissenschaftlich fundierte Fakten untermauert werden (können). Die Resignation weiter Kreise der Öffentlichkeit gegenüber den schon als skandalös zu bezeichnenden Zuständen insbesondere an Schulen und Universitäten ist erschreckend. Allerdings gibt es unterdessen erste aus der Not geborene Gegenreaktionen, wie die Selbsthilfe vieler Schulen, in denen Schülerinnen und Schüler (und teilweise auch die Eltern) selber mit Kehrschaufel und Besen gegen den Schuldreck ankämpfen. Dieses wird wiederum von den Expertinnen und Experten nur teilweise als sinnvoll angesehen. Die eigene erbrachte Reinigungsleistung erhöht natürlich die Aufmerksamkeit gegenüber der selbst verursachten Wiederverschmutzung, allerdings wird sie nie vollständig die professionelle Reinigungsleistung durch geschulte Kräfte ersetzen können. Das Umweltbundesamt hält sie daher für „kontraproduktiv", denn „dadurch wird der Staub nur aufgewirbelt" mit entsprechend negativen Folgen. Dabei zeigen die aktuellen Empfehlungen der Experten des Umweltbundesamtes in ihrem Leitfaden aus dem Jahre 2004 eine erstaunliche Übereinstimmung mit den Aussagen von Prausnitz aus dem Jahre 1891:

„Jedes Schulzimmer ist mit künstlicher Ventilation zu versehen, weil auch ein sehr großer Raum mit relativ wenigen Schülern ohne Luftwechsel in kurzer Zeit zu einer lästigen beziehungsweise für empfindliche Lehrer und Schüler schädlichen Luftverschlechterung führen würde (...). Die Benützung der Fenster zur Lüftung der Schulräume ist bei schlechtem Wetter und besonders im Winter unmöglich und bietet auch sonst mehrfach Nachteile. (...) Hier sei noch erwähnt, dass auch die beste Ventilationseinrichtung für die Erhaltung einer guten Luft allein nicht ausreicht; es ist vielmehr notwendig, dass die Schulzimmer möglichst oft – am besten täglich – durch nasses Aufwischen von dem Staub und Schmutz gereinigt werden, welchen die Schulkinder jeden Tag in das Schulzimmer hereinbringen. Dieser Schmutz und Staub bildet in trockenem Zustande bei der häufig lebhaften Bewegung der Schulkinder die hauptsächlichste Veranlassung zur Verunreinigung der Luft des Schulzimmers." (W. Prausnitz, Grundzüge der Hygiene, München 1891, S. 346f.)

Wenn man nun erwartet, dass der geballte Sachverstand aller einschlägigen Institutionen und Hygiene-Experten auf eine entsprechende Reaktion der betroffenen Behörden treffen sollte, so wird man durch entsprechende Äußerungen derselben sehr ernüchtert. So kündigt der Bildungsstadtrat von Steglitz-Zehlendorf in der Berliner Morgenpost vom 1. 10. 2004 an, auch sein Bezirk, in dem im Durchschnitt noch besser als in anderen Bezirken gereinigt wird, müsse vom nächsten Jahr an „die Reinigungsleistung weiter absenken (...) Sonst muss in Bereichen wie der Schulsanierung gespart werden."*

Bewährte Präventionsregeln

Wie sollten die Hygieniker und Umweltmediziner in Deutschland nach diesen Äußerungen nicht in Resignation verfallen? Der angeschlagene Status und die weiter zurückgehende Anerkennung der Hygiene samt ihren präventiv ausgerichteten Grundregeln dürfen aber nicht der ungezielten Sparwut unserer Behörden und Politiker zum Opfer fallen. Wir sollten vielmehr – vor allem in Kooperation mit den Ärztinnen und Ärzten im öffentlichen Gesundheitswesen – diese Problematiken nicht nur bei den betroffenen Behörden immer wieder deutlich machen, sondern weitergehend auch in die Öffentlichkeit tragen. Die Sensibilität der Medien gegenüber diesen offensichtlichen und skandalösen Zuständen ist vorhanden, wie auch den hier zitierten Zeitungsberichten entnommen werden kann. Fehlentwicklungen in der Vergangenheit durch die falsche Interpretation der so genannten Hygienehypothese oder die fachlich nicht gerechtfertigte Infragestellung altbewährter hygienischer Präventionsregeln (durch wenige „Zweifler" aus den eigenen Reihen) können nur durch die wiederholte und intensive Aufklärung der Bevölkerung und betroffener Behörden überwunden werden. In diesem Zusammenhang haben die Berliner Untersuchungen ihren besonderen Wert, bestätigen sie doch mit ihren Ergebnissen, dass die Einhaltung altbewährter Hygieneregeln tatsächlich gesundheitliche Risiken mindern und somit auch kritischer Hinterfragung durch Skeptiker widerstehen kann.

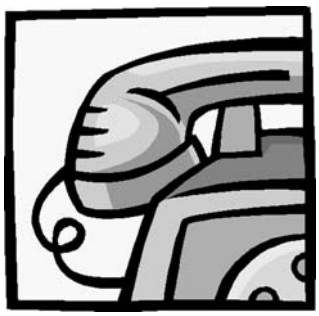
** Nach Informationen der blz-Redaktion sollen ab Schuljahr 2005 / 2006 in Steglitz die Klassenräume häufiger feucht gereinigt werden.*

Mit freundlicher Genehmigung aus: Umweltmedizin in Forschung und Praxis, Band 10, 1/2005, S. 5f. www.scientificjournals. com/sj/ufp

Wie läuft das neue Schuljahr?

Das „Sorgentelefon“ der GEW BERLIN stößt auf große Resonanz.

Von Peter Sinram, Pressesprecher der GEW BERLIN



Der Bildungssenator verkündet überall, dass er mit seinen Reformen die Berliner Schule auf den richtigen Weg gebracht hat; im nächsten Jahr will er in einigen Bereichen „auf dem Niveau von Bayern sein“ (was auch immer das bedeuten soll). Die Berichte aus den Schulen klingen allerdings deutlich anders.

Die berufsbildenden Schulen haben von Oberschulrat Hartmann einen schönen Satz gelernt: „Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen, aber nicht in der Mitte!“ Aber wo liegt sie? Um das etwas genauer herauszufinden und um direkt für die Probleme und Nöte ansprechbar zu sein, hat die GEW BERLIN am Präsenztag Freitag (05.08.) und an den ersten beiden Schultagen (08.08. und 09.08.) ein „Sorgentelefon“ eingerichtet.

Wir hatten an den drei Tagen weit über 200 Anrufe. Dabei gab es drei Schwerpunkte.

- Zusammenarbeit von ErzieherInnen und Lehrkräften an den Grundschulen: Hier ist vieles noch ungeklärt, und zwar in allen Bereichen – tatsächliche personelle Ausstattung (besser wohl: Unterausstattung), konzeptionelle Zusammenarbeit, Raumsituation, Organisation vor Ort etc.
- Einstellungssituation, besonders das „Lehrer-Casting“ in den Ferien: Es meldeten sich KollegInnen, die bei den Einladungen nicht berücksichtigt wurden, die völlig „falsch“ gelandet sind, deren Fächer in dieser Runde nicht gefragt waren.
- Anfragen von Eltern: Der Hinweis auf das Sorgentelefon war auch in den Berliner Zeitungen veröffentlicht worden; die große Anzahl der Anrufe hat uns selbst überrascht. Fragen kamen hier zu allen Themen: Lehrkräftewechsel, Unterrichtsausfall, Notengebung und noch vieles mehr.

Zu berücksichtigen ist auch, dass das Sorgentelefon vor dem Datum der Einschulung in die flexible Schulanfangsphase lag, die in der Praxis auftauchenden Probleme also noch nicht erfasst werden konnten.

Einige kleinere Probleme werden sich in den nächsten Wochen noch lösen lassen; Anlaufschwierigkeiten gibt es ja immer. Dennoch steht jetzt schon fest:

- Die Behauptung des Senators über die zufriedenstellende personelle Ausstattung ist eindeutig falsch. Besonders an den Grundschulen ist die Personaldecke viel zu dünn. Das bestätigen auch die jetzt einlaufenden Zahlen aus den Bezirken. In Neukölln z.B. haben die Grundschulen einen durchschnittlichen Ausstattungsgrad von 97 Prozent!
- Die Behauptung (so vorgetragen im Interview mit der *Berliner Zeitung* am 18.8.), man habe seit einem Jahr intensiv an der Vorbereitung dieses Reformjahres gearbeitet und darum klappe es eigentlich ganz gut, ist – vorsichtig gesagt – geschönt. Im Übrigen konnten sich die Schulen, auch beim besten Willen, nicht intensiv vorbereiten, weil teilweise bis zum letzten Ferientag die genauen Rahmenbedingungen nicht bekannt waren.
- Die Behauptung, das neue Einstellungsverfahren würde den Bedürfnissen der Einzelschule gerechter, ist ebenfalls anzuzweifeln. Beispiel: Alle wissen, dass die Grundschule im Bereich der Sprachförderung mehr Aufgaben bekommen hat. Aber gerade dort wurde in der letzten Runde NIEMAND mit dem Fach Deutsch eingestellt, obwohl viele Schulleitungen Bedarf angemeldet hatten.

Das Sorgentelefon ergab erste Schlaglichter. Wie hell oder wie trübe die Situation tatsächlich ist, wird sich in den nächsten Wochen herausstellen. Die eingegangenen Anrufe allerdings verstärkten unsere Skepsis gegenüber den Jubelmeldungen aus dem Hause Böger. Und sie machten deutlich, dass die Forderung der GEW BERLIN nach mehr Neueinstellungen nach wie vor berechtigt ist.

ANZEIGE

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Berliner Zeugnisse

Das bewährte Programm „Berliner Zeugnisse“ nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Das Programm wurde von Kollegen aus der Praxis entwickelt und ist seit mehr als sechs Jahren im Einsatz. Neben der reinen Zeugniserstellung stellt Ihnen „Berliner Zeugnisse“ zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Fehlzeitenübersichten usw. für die Erleichterung ihrer täglichen Arbeit zur Verfügung.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Den Test können Sie mit Ihren echten Daten starten, denn alle Eingaben bleiben beim Einspielen der freigeschalteten Version erhalten. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.htm

Preise

Für GEW-Mitglieder gelten folgende Sonderpreise:

	Online	CD
Grundschule	17,-	25,-
Gesamtschule	37,-	45,-
Hauptschule	17,-	25,-
Realschule	17,-	25,-
Gymnasium	25,-	33,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: bitte umblättern ⇨

ANZEIGE

Hiermit bestelle ich das Programm „Berliner Zeugnisse":

.....
(Name)

.....
Vorname)

.....
(Straße / Hausnummer)

.....
(PLZ Ort)

.....
(E-Mail)

☐ GEW-Mitglied: .....
(Mitgliedsnummer)

☐ CD-Version

☐ Online-Version

.....
(Schulart)

.....
Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden?

Den Betrag von Euro ..... habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00 bei der SEB-Bank Berlin (BLZ: 100 101 11) überwiesen.

.....
Ort/Datum

.....
Unterschrift

Berliner Zeugnisse

Ausgestoßene

Arbeitslosigkeit im Land der Milliardäre.

von Ali Fatha, Mitglied des Arbeitslosenausschusses

FOTO: MICHEL

Das von der GEW BERLIN seit 1993 jährlich durchgeführte Seminar für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Mitglieder der GEW fand in diesem Jahr Anfang Juli am Seddiner See statt.

Die am ersten Seminartag artikulierten Interessen der TeilnehmerInnen führten sowohl in Arbeitsgruppen, persönlichen Gesprächen als auch in einer umfassenden Information über die bisherige Tätigkeit des Arbeitslosenausschusses der GEW zu regen Diskussionen. Berichte über erlebte Situationen zeichneten ein realistisches Bild der katastrophalen Situation der von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Nicht umsonst kam das Leitmotiv der Verletzung der Menschenwürde immer wieder auf. Allgemeines Chaos bei Bescheiden und Auszahlungen, Drangsalierung durch Behörden, Isolierung und Verzweiflung, Angst um die eigenen vier Wände, als Erpressung empfundene Vergabe von Ein-Euro-Jobs (auch durch Vereine und Institutionen), mangelnde Solidarität in Gesellschaft und Gewerkschaften bis hin zu abfälligen Kommentaren prägen nachhaltig die materielle und psychische Situation – und das alles im Land der Millionenabfindungen für erfolglose Manager und immer reicher werdenden Milliardäre.

Mutige Stellungnahmen der GEW und anderer Initiativen sowie bisher durchgeführte Aktionen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Arbeitslose hierzulande keine eigene Lobby haben und daher keine wirksame Vertretung ihrer Interessen zum Ausdruck bringen können. Da der erste Schritt zur Organisation in der umfassenden und professionellen Information besteht, wurde der zweite Tag ganz der Bildungsarbeit gewidmet. Den Referenten Ulrike Koch und Thomas Rosumek-Mathes gelang es trotz der Fülle und Tücke des Materials die Anwesenden umfassend über die gesetzlichen Regelungen zu informieren, auf einzelne Fälle konkret einzugehen und somit eine erste Grundlage für weiteren Austausch zu legen. Die Weiterführung solcher Informationsveranstaltungen sollte ständiger Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit bleiben.

Bei der am dritten Tag vorgenommenen Auswertung wurde über die Perspektiven der weiteren Tätigkeit diskutiert. Der Isolierung, Lethargie und Verzweiflung sollten solidarische Haltung, Aufwecken des Selbstwertgefühls und konkrete Aktionen entgegengesetzt werden. Dazu zählen die Schaffung einer breiten Öffentlichkeit über die Situation der Betroffenen, die Ausdehnung der Arbeit auf nicht gewerkschaftlich Organisierte, eine Suche nach Verbündeten in und außerhalb der Gewerkschaften, das Üben und Fordern von Solidarität, die Ansprache von Politikern und führenden Gewerkschaftern im bevorstehenden Wahlkampf und die Unterstützung des GEW-Arbeitslosenausschusses und damit die Erweiterung seiner Basis.

Ist Deutschland noch zu retten?

Politökonomische Seminar-Reihe der GEW BERLIN.

von Hartmut Schurig, AG Bildungsfinanzierung

Dienstag, 25. Oktober 05: *Wirtschaftliche Entwicklung und Geldpolitik.* Fragestellungen: Wie sehen die Veränderungen der wirtschaftlichen Entwicklung im längerfristigen Trend aus? Welche Bedeutung hat Wirtschaftswachstum für die Beschäftigung? Ist ökonomisches Wachstum unbegrenzt? Falls nicht, wie sehen dann die Alternativen aus? Welche Rolle spielt die Geldpolitik? Wie sieht die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank verglichen mit der anderer Zentralbanken aus? Kann Geldpolitik anders – beschäftigungsfreundlicher – betrieben werden?

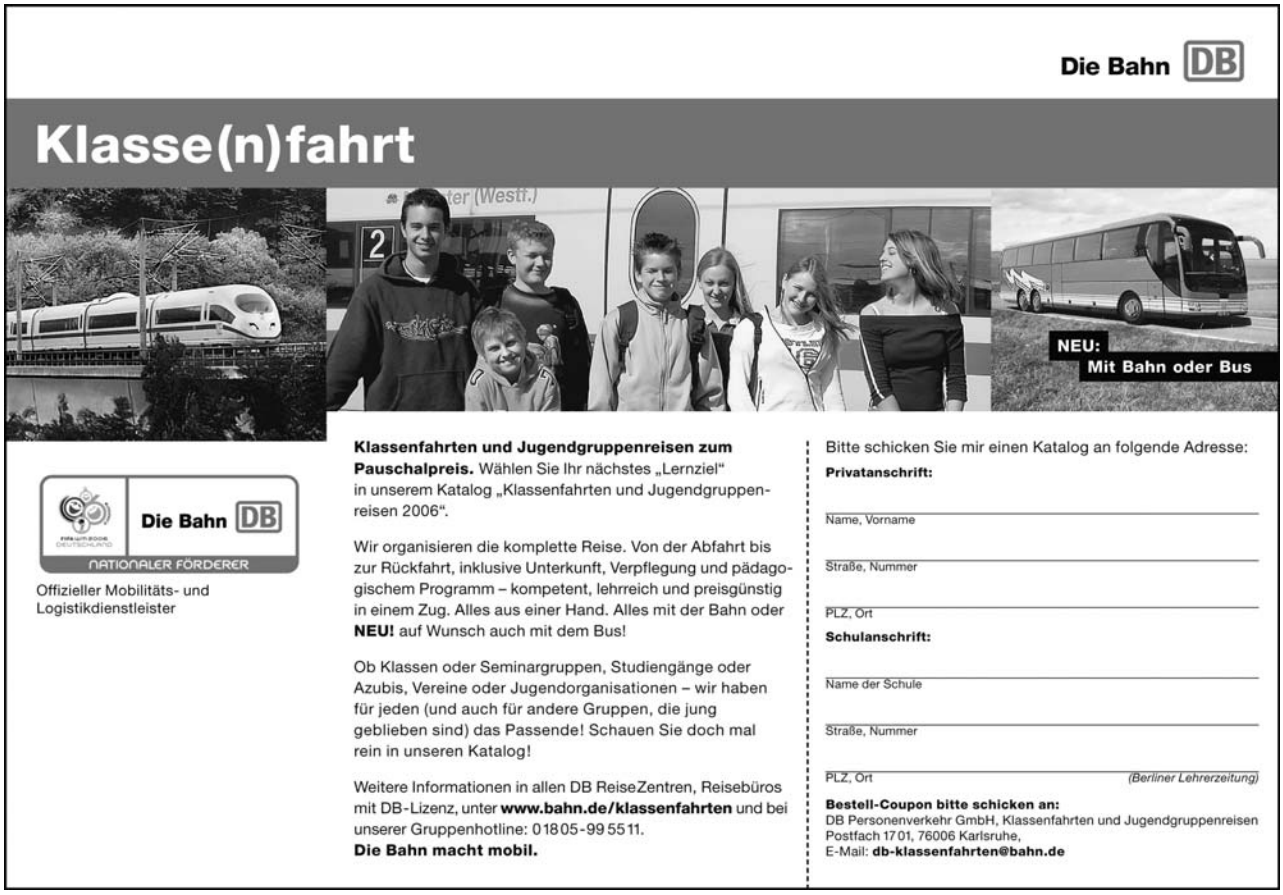
Dienstag, 8. November 05: *Lohnpolitik und Standortkrise.* Fragestellungen: Erzwingt die Globalisierung Lohnzurückhaltung? Wie haben sich die Löhne (einschließlich aller Lohnnebenkosten) in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern entwickelt? Was heißt eigentlich Hochlohnland? Gibt es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Lohn und Beschäftigung? Wie sieht eine volkswirtschaftlich „vernünftige" Lohnpolitik aus? Stehen Flächentarife einem Abbau der Arbeitslosigkeit im Weg? Wie ist die Lohnpolitik des Berliner Senats volkswirtschaftlich zu bewerten?

Dienstag, 22. November 05: *Die Finanzkrise des Staates.* Fragestellungen: Was sind die Ursachen für die steigende Staatsverschuldung? Wie sehen die Trends in anderen Ländern aus? Unterscheidet sich die Fiskalpolitik Deutschlands von der anderer Länder? Sind Steuersenkungen im Zeitalter der Globalisierung unvermeidlich? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Steuersenkungen und Arbeitsmarkterfolgen? Wie könnte eine funktionale Fiskalpolitik aussehen? Wie ist die so genannte Sparpolitik des rot/roten Senats zu bewerten?

Dienstag, 6. Dezember 05: *Deutschland und die Globalisierungsfalle.* Fragestellungen: Was heißt eigentlich Globalisierung? Verhindert sie eine beschäftigungsfreundliche Wirtschaftspolitik? Gewinnt oder verliert Deutschland im so genannten Globalisierungsprozess? Ist „Exportweltmeister" ein Titel ohne Wert? Warum investieren deutsche Unternehmen mehr im Ausland als ausländische in Deutschland? Lässt sich der europäische Integrationsprozess tatsächlich nur neoliberal gestalten?

Die Seminare finden von 17 – 19 Uhr im GEW-Haus, R31/32 statt, die Teilnahme ist kostenlos.

ANZEIGE



Die Oder überqueren

Partnerschaften zwischen der Wojewodschaft Wielkopolska und Berlin.

von Moritz Felgner und Christoph Hamann, LISUM Berlin

Vor wenigen Jahren gab Professor Norbert Weber von der Technischen Universität in Berlin einen Band mit dem Titel „Die Oder überqueren“ heraus, der über deutsch-polnische Begegnungen in Geschichte, Kultur und Lebensalltag berichtete. Diese Formulierung ist eine gute Metapher für die internationale Fachtagung „Polen und Deutschland – eine besondere Nachbarschaft in Europa“, die am 2. Juni 2005 im Berliner Rathaus stattfand. Veranstalter war das Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM). Es kamen 170 Lehrerinnen und Lehrer aus Berlin, Brandenburg und aus der polnischen Wojewodschaft Wielkopolska („Großpolen“, die mit 30.000 qkm zweitgrößte Wojewodschaft, 3.355.000 Einwohner, Hauptstadt Poznan/Posen) zusammen, um gemeinsam die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen, Wissen auszutauschen und durch die Begegnung Vorurteile abzubauen. Die Erinnerung an das Kriegsende vor 60 Jahren war ein Anlass für die Fachtagung. Sie wollte aber darüber hinaus auch einen Beitrag zum Deutsch-Polnischen Kulturjahr leisten, wie auch ein Fortbildungsangebot für die neuen Berliner Rahmenlehrpläne Geschichte und PW (Sek. II) bieten.

Das Fundament einer zukunftsfähigen Partnerschaft wird vor allem in der Schule gelegt – Bildung und Ausbildung haben im deutsch-polnischen Dialog eine Schlüsselfunktion. Wie aber in der Praxis des Bildungsalltags Polen und Deutschland schon einander nahe gerückt sind, zeigen die vielen Oderüberquerungen von Berliner LehrerInnen und SchülerInnen in der jüngeren Vergangenheit. Bereits seit 1983 werden erfolgreich Studien- und Gedenkstättenfahrten durchgeführt, die mit einem Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses von 1986 im Rahmen der Lehrerfortbildung institutionalisiert wurden. Daraus haben sich 80 Partnerschaften zwischen Berliner und polnischen Schulen entwickelt.

Seit Beginn der 90er Jahre wird an verschiedenen Berliner Schulen die polnische Sprache und Landeskunde unterrichtet. Der bilinguale Unterricht an den Staatlichen Europa-Schulen wird seit Jahren kontinuierlich ausgebaut. So gibt es in Berlin mit der Goerdeler- und der Robert-Jungk-Schule eine deutsch-polnische Grund- und Oberschule. An der Gabriele-von-Bülow-Oberschule, einer Europäischen Begegnungsschule mit Polen, ist seit 2003 Polnisch Prüfungsfach im Abitur. Dem interkulturellen Lernen mit wirtschaftsspezifischen Schwerpunkten hat sich in der beruflichen Bildung das Oberstufenzentrum Bürowirtschaft und Verwaltung verschrieben. Verbindlicher Bestandteil der Ausbildung dort ist z. B. die mehrmonatige Ausbildungsphase in einem polnischen Partnerbetrieb – mit dem Namen „Pro Polska“ wird das Ausbildungsprogramm treffend umschrieben.

Schülerinnen des Schöneberger Rückert-Gymnasiums besuchen im Mai 2005 ihre polnische Partnerschule in Poznan. FOTOS: WOLFGANG LEDER

Die oben genannte Tagung ist Teil der trilateralen Zusammenarbeit zwischen der Wojewodschaft Wielkopolska und den Ländern Berlin und Brandenburg. In einer Podiumsrunde diskutierten Kenner der deutsch-polnischen Beziehungen, Prof. Dr. Klaus Ziemer, Adam Krzeminski, Dr. Jan Rydel und Prof. Dr. Philipp Ther über die Folgen der Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Hinblick auf die weitere Integration Osteuropas. Robert Baag moderierte die vom Deutschlandfunk live übertragene Diskussion. Prof. Dr. Ziemer, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau, referierte anschließend über die Perspektiven der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Er verdeutlichte, dass Polen als Partner für Deutschland innerhalb der EU eine besondere Rolle spielt und plädierte dafür, dieses Bewusstsein in Deutschland zu schärfen. Angesichts nur mäßiger gegenseitiger Sympathiewerte in der Bevölkerung gelte es insbesondere, bei der Jugend das Interesse am Nachbarland zu wecken.

In der Tagung gab es hierzu praktische Hinweise, so über die Möglichkeiten von Schulpartnerschaften, über neue Konzepte der Gedenkstättenfahrten, Erinnerungsarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg, Polen und Deutsche in den Medien und über Kooperationen in der beruflichen Bildung. Einige der Teilnehmer werden schon im September die Oder wieder überqueren – zur Folgetagung in Poznan vom 18. bis 20. September 2005.

Szene aus dem neuen Stück der Spielwerkstatt „Herr Boese und Frau Lieblich" für Menschen ab 5 Jahre. Mit Isabelle Gensior und Werner Schröter. Premiere war am 14. Juni 2005. FOTO: SPIELWERKSTATT

THEATER KRITISCH GESEHEN

Die **Spielwerkstatt** hat nach ihrem Umzug in den Neuköllner Saalbau ein ambitioniertes, höchst notwendiges Projekt aufgelegt: die „Trilogie" Soziales Lernen, Sprache und Kommunikation, Mathematik – drei Stücke für die Schulanfangsphase als schulbezogene Arbeit in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt. Zum ersten Thema treten *„Herr Boese und Frau Lieblich"* auf, die zunächst holzschnittartig BOSheit und LIEBLICHkeit AN SICH verkörpern, in Spiel und Handlung aber mehr und mehr differenziert werden. Die Lieblichkeit wirkt entwaffnend, naiv, ohne Berechnung – Herr Boese wird fast wieder zum (trotzigen) Kind in einem Mutter-Sohn-Verhältnis. Das ist für die ZuschauerInnen ein Spaß, unmittelbar nachzuvollziehen und sehr klar in der Darstellung von Kommunikationsstrukturen. Schließlich zwingen Naturgewalten von außen, im Sturm ist gegenseitige Hilfe erforderlich. Eine besondere Stärke des Stücks sind die mit der Handlung verbundenen, eingestreuten Tierszenen, die das „soziale Lernen" witzig und eindrucksvoll wiederholen und variieren (ab 6).

Robust-unterhaltsames Theater beim Shakespeare-Sommer mit durchaus beachtlichen Ergebnissen. *„Othello"* (**Hexenkessel-Hoftheater** im Monbijou-Park) ist spannend, reduziert die Zahl der Personen und verlegt die Handlung in gegenwärtiges, amerikanisches Armee-Milieu. Das führt einerseits zur Vergröberung, macht andererseits den Krieg mit seinen Verrohungen fasslich und fühlbar. Vor der Pause dominieren Jago und seine Intrige, nach der Pause konzentriert sich die Aufführung auf das Titelpaar: mit einer sehr starken, kämpferischen Desdemona und einem verwirrt-verlorenen Othello.

Auch bei *„Hamlet"* im **Zelt am Ostbahnhof** wird Shakespeare realisiert mit wenigen Akteuren (in Doppel- und Mehrfachrollen – das ermöglicht interessante Nebenbeobachtungen). Die Geschichte wird direkt, packend, dramatisch dargestellt, das Publikum zeitweise direkt angespielt. Die philosophische Ebene kommt ebenfalls nicht zu kurz: bis hin zu Heidegger! Sprachlich (und musikalisch!) bleiben die

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 · 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813 50 80

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

(Ver-)Änderungen selbst gestalten
Supervision, Coaching, Beratung für Einzelne und Gruppen
Gestalt-Organisationsberaterin,
Dipl.Soz.Päd. Petra Gänsicke-Voss
Tel.: 030-82 70 68 33

Natur zum Anziehen
SEIDE – LEINEN – BAUMWOLLE
SCHWARZES SCHAF
direkt am S-Bhf. Lichterfelde Ost
Jungfernstieg 4 B · 12207 Berlin
Telefon 7 72 53 56 · Gertrud Hillmann
Mo. - Fr. 10-18, Sa. 9-13 Uhr.
!!! AUCH GROSSE GRÖSSEN !!!
!!! NEUE KOLLEKTION !!!

Supervisionsgruppe
für Lehrer/innen hat noch freie Plätze
Info: **Ina Kaufmann**
Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)
Tel: 030/ 693 68 90, e-mail:
ina.kaufmann@t-online.de

KLINIK NIKOLASSEE
Innere Medizin · Kardiologie · Psychotherapie · Neurologie
Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Schlafstörungen
- Schmerzen/Fibromyalgien
- Schwindelzustände
- nervöse und Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom

24-Std. Akutaufnahmen! ☎ **030 / 803 09 10**
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin Mit Fachabteilung für **Essstörungen**
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • **www.leisberg-klinik.de** • info@leisberg-klinik.de

Schauspieler nahe an klassischen Übersetzungen, dazu kommen moderne Einsprengsel, die Shakespeare an die Gegenwart heranholen – also auch dies eine gute Einführung für SchülerInnen (ab 15).

Hans-Wolfgang Nickel

THEATER

Spielwerkstatt
Straßenknirpse: 13. bis 16.9. jeweils um 10 Uhr im Atrium; 20./21.9. jeweils um 9 Uhr im Zille.
Herr Boese und Frau Lieblich: 22./ 23.9. um 10 Uhr im Zille; 24. / 25.9. jeweils um 15 Uhr im Saalbau (siehe Besprechung).
Klassenfieber: 28. bis 30.9. im Saalbau.
Spielorte: Atrium, Senftenberger Ring 97; Saalbau Neukölln: Karl-Marx-Str. 141; Haus der Jugend „Zille": Zillestr. 54 (U 2, Deutsche Oper). Kartenvorbestellung: Tel. 625 25 88

Theatergruppe Molino
Der Kreidekreis: Am 29. und 30. 9. und am 1.10. im Ballhaus Naunynstraße.
Unser Kritiker Hans-Wolfgang Nickel schrieb über die Aufführung in der Oktober-blz 2004: „Klabunds Stück ‚Der Kreidekreis' erweist sich als überaus spielbar, wird in der Interpretation der Gruppe Molino sorglich im Stil des klassischen chinesischen Theaters (Kostüme, Masken, Musik) realisiert und zeigt sich als eine poetisch-leichte, bewegende, nicht mit Ideologie befrachtete Geschichte."

Hans Wurst Nachfahren
Der gestiefelte Kater: Ein barockes Märchen nach Charles Perrault (auf Wunsch auch in französischer Sprache -ab 4). Vom 14. bis 16.9. um 10 Uhr; 20./21.9. um 10 Uhr; 25.9. um 16 Uhr.
Schneewittchen (ab 4, auf Wunsch auch in englischer Sprache): 17./18.9. um 16 Uhr; 27.9. um 10 Uhr; 3.10. um 16 Uhr; 5.10. um 10 Uhr.
Das kalte Herz: Nach Wilhelm Hauffs Kunstmärchen (ab 8). A, 23./24.9. jeweils um 10 und 20 Uhr.
Aladin und die Wunderlampe (ab 5): 1./2. und 6.10. jeweils um 16 und 20 Uhr.
Die Salzprinzessin (ab 4): Am 7. und 11.10 um 10 Uhr; 8./ 9.10. um 16.
Hans Wurst Nachfahren, Gleditschstraße 5 am Winterfeldtplatz, tel. 216 79 25.

Theater Strahl
Mit arger List: Das neue Stück von Theater Strahl über Angst/ Macht / Schule. Am 13.9. um 19 Uhr; am 14./15.9. um 11 Uhr. (Weiße Rose)
Wenn Götter zu sehr lieben (ab 12): Erzählstück über die griechischen Mythen. Am 16. und 19.9. um 11 Uhr. (Probebühne)
Wilder Panther, Keks! (ab 14): Über Gefühle und Sucht. Am 20.9. um 19 Uhr; am 21. bis 23.9. um 11 Uhr. (Weiße Rose)
Warum trägt John Lennon einen Rock? (ab 14): Am 21./22.9. um 11 Uhr (Probebühne)
Stones (ab 12): 28. bis 30.9. jeweils um 11 Uhr. (Probebühne)
Spielorte: Die Weiße Rose (Martin-Luther-Straße 77), Probebühne (Kulturhaus Schöneberg, Kyffhäuserstraße 23). Karten: Tel. 695 99 222 oder www.theater-strahl.de

Fliegendes Theater
Post für den Tiger (ab 4) Nach einer Geschichte von Janosch. Am 15.9. um 10.30 Uhr (Vorauführung); 18.9. um 17 Uhr (Premiere), 20./ 21.9. um 10.30 Uhr. Fliegendes Theater, Urbanstraße 100, 10967 Berlin-Kreuzberg, Tel. 692 21 00 oder www.fliegendes -theater.de

Die wundersame Reise der kleinen Sofie
Im Saalbau Neukölln hat am 16. September um 19 Uhr die Bühnenfassung des ausgezeichneten Jugendbuches „Die wundersame Reise der kleinen Sofie" von Els Pelgrom Premiere: Im Stück geht es um die schwerkranke Sofie, die in der letzten Nacht ihres Lebens einen fantastischen Traum hat. Das Stück richtet sich an Kinder der 4. bis 6. Klasse. Zur Vorbereitung gibt es theaterpädagogisches Material. Aufführungen am 17./18.9. um 16 Uhr; 19. bis 21. und 26./27.9. jeweils um 10.30 Uhr; 17.-20.10. jeweils um 10.30 Uhr. Das Stück wird auch mobil an Schulen gespielt. Saalbau Neukölln, Karl-Marx-Straße 141, Tel. 6809-3779

FORTBILDUNG

Mobbing unter Kindern
Am Weltkindertag am 20. September veranstaltet das Labyrinth Kindermuseum im Jagdschloss Glienicke von 10 bis 17.30 Uhr eine Fachtagung zum Thema Mobbing unter Kindern. Eine Kooperationsveranstaltung mit dem Mobilen Team zur Prävention in der Kinder- und Jugendhilfe der Senatsbildungsverwaltung. Anmeldung und Info; Britt Hartmann, Tel. 4991 3158 oder britt.hartmann@labyrinth-kindermuseum.de

Theaterpädagogische Weiterbildung
Im Herbst 2005 beginnt eine neue berufsbegleitende Grundlagenbildung zur SpielleiterIn. Sie wendet sich an alle PädagogInnen, die theaterpädagogische Verfahren in ihren Berufsalltag integrieren wollen. Die Weiterbildung dauert 15 Monate, umfasst 600 Unterrichtsstunden und vermittelt umfangreiche Grundlagen für das Theaterspielen mit Kindern und Jugendlichen. LAG Spiel & Theater Berlin e.V./Theaterpädagogisches Zentrum Berlin Kreativhaus e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin. Info/ Anmeldung: Fr. Ulbrich, Tel. 23 80 91-319.

Bühne als Spielraum: Konflikte szenisch aufarbeiten
Der Kurs vermittelt Einblicke in die Vielfalt theaterpädagogischer Methoden zur Gewaltprävention. Ein Theaterbesuch mit anschließendem Gespräch mit einem Theaterprofi rundet die Auseinandersetzung mit dem Thema ab. Für Lehrkräfte der SEK I. Veranstaltet vom Landesinstitut für Schule und Medien in Zusammenarbeit mit Theater Strahl. Veranstaltung 05.2-543: Di 25.10, Di 1. und Di 8.11.2005 jeweils 16.30 Uhr bis 19.30 Uhr sowie ein Theaterbesuch nach Absprache. Kostenbeitrag 35 Euro. Meldung bis zum 4. 10. an das LISUM oder online unter http://www.lisum.de. Oder direkt bei U. Jenni, Tel. 6165 2688 | u.jenni@t-online.de

Oper erleben
In der neuen Spielzeit bietet die Deutsche Staatsoper Berlin Lehrkräften und Schülern wieder Möglichkeiten, sich mit dem Musiktheater zu konfrontieren durch aktive Durchleuchtung einer Oper, bewegte Erfahrung eines Balletts oder Zuhören bei einer

ANZEIGE

Ihr gutes Recht

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Muss ich bei Smog-Alarm in der Schule anwesend sein? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21 99 93-62

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Konzertprobe. Die Staatsoper lädt ein zur „Spionage“ in den einzelnen Abteilungen, im Probenprozess. Für Lehrkräfte und Studierende als Multiplikatoren bietet die Staatsoper Fortbildungen, die den Einsatz des szenisch-musikalischen Spiels im Musikunterricht (und in anderen Fächern) fördern sollen. Informationen und Termine unter www.musiktheaterpaedagogik.de

Menschenrechtsbildung in der Jugendarbeit
Unter dem Titel „Demokratie leben – Menschenrechte erfahren!“ findet am 19. September von 15 bis 19 Uhr im Haus der Kirche in Charlottenburg (Goethestraße 27-30) eine Fachtagung zur Menschenrechtsbildung in der Jugendbildung statt. Ausgehend von der aktuellen Diskussion um religiösen Fundamentalismus sollen in verschiedenen Arbeitsgruppen die Fragen nach Toleranz und nach den Grenzen der Toleranz besprochen werden. Anmeldung über den Landesjugendring, Tel. 211 82 64 oder E-Mail schulte@ljrberlin.de

Studienreise: Bulgarien – Tradition und Moderne
Der Verein Ostwärts e.V. bietet vom 1. bis 8. Oktober 2005 eine Studienreise nach Bulgarien an. 1.10. – 8.10.05 mit Kontakten zu Künstlern und Unternehmern. Info bei Ostwärts e.V., Ansbacher Str.72, 10777 Berlin, 030/ 23 62 76 00, www.ostwaerts.org

Die Schlacht um die Normandie 1944
Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge veranstaltet vom 1. bis 7. Oktober eine Informationsfahrt in die Normandie zum Thema „Die alliierte Landung am 6. Juni 1944 und die Schlacht um die Normandie“ mit Besuchen der Museen und Gedenkstätten. Reisepreis: 550 Euro. Info und Anmeldung: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Berlin, Lützowufer 1, 10787 Berlin, Tel. 23 09 36 55.

Sexualität und Geschlecht in der Einwanderungsgesellschaft
In Berlin wachsen Jugendliche in einem konfliktbeladenen sozialen Umfeld auf. Gerade die zentralen Auseinandersetzungen mit Fragen der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung können Jugendliche mit Problemen, Essstörungen, sexueller Gewalt und Homophobie konfrontieren, die in einem von sozialen Härten betroffenen Milieu kaum aufgefangen werden. Zugleich müssen die Spannungen zwischen verschiedenen kulturell und religiös geprägten Wertvorstellungen ausgehandelt werden. Das Projekt „Peers in the City“ des Bildungsteams Berlin-Brandenburg e.V. setzt an diesem Spannungsfeld an. Am Freitag, 23. September findet von 15 bis 19 Uhr eine Vorstellung des Projektes mit Diskussion statt im Chip, Reichenberger Straße 44/45 in Kreuzberg.

IT-Know-how für Lehrerinnen
Das FrauenComputerZentrum-Berlin (FCZB) bietet verschiedene Workshops speziell für Lehrerinnen an, von der Powerpoint-Präsentation über das professionelle Erstellen von Arbeitsblättern bis zur Spurensuche im Internet. Preis pro Workshop: 35 Euro. Weitere Informationen unter www.fczb.de oder Tel. 617 970-16 (Angela Nitsche)

AKTIVITÄTEN

Zu Fuß zur Schule
Am 22. September findet wieder der vom Arbeitskreis Mobilitätserziehung veranstaltete Aktionstag „Zu Fuß zur Schule“ satt. Alle am Schulleben Beteiligten werden aufgerufen, an diesem Tag ohne Auto zur Schule zu kommen. Weitere Informationen unter www.zufusszurschule.de

MATERIALIEN

Unterrichtsmaterialien Geschichte
Diverse Klappkisten voller Kopiervorlagen (Klett; AOL, Stockmann etc.), Quellenheften, Tafelbildern, Unterrichtseinheiten, Videos und Büchern pauschal für 180 Euro abzugeben: Info: Melle, Tel. 404 28 89

ANZEIGE

Paarberatung (Dajeb)
von qualifizierter
Einzel- u. Paarberaterin.
Anfragen unter 4 29 00 55
und r.kuntzke@gmx.de

REAL-TOURS s.r.l.
Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2005

NEU: FLUGREISEN (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
z. B. 6 Tage Cesenatico Euro 178,00 VP, 6 Tage Spanien Euro 215,00 HP
Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 198,00 VP
Busfahrten zur Toskana-Küste, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**.
Individuell für Lehrer und Begleiter: Oster- und Silvesterfahrten
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2005.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

Coaching Supervision
Begleitung bei Bewerbungen
Ich vereinbare gern ein Vorgespräch mit Ihnen – Themen gibt es genug
Anne Haedke
Diplom-Supervisorin
030-7 22 53 87 oder 030-72 01 91 48
www. annehaedke.de
anne.haedke@t-online.de

Haus Lankau
Schullandheim • Freizeitstätte • Tagungshaus für Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene
Haus Lankau liegt in der Nähe von Mölln und Ratzeburg in traumhaft schöner Lage direkt am Elbe-Lübeck-Kanal. Restplätze auch im März und April. Wir bieten vier Tagesräume, Seminarausstattung, Kanus, u.v.m.
Info: Pro FUN, Handelsschule Kellinghusenstr. 11, 20249 Hamburg
Tel: 040-42 89 85-233, Fax: 040-42 89 85-234
e-mail: profun@h13.hh.schule.de
internet: www.hh.schule.de/h13/lankau.htm

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

Pfiffikus Klassenfahrten 2006

Pfiffikus - sind pfiffige Reise-Ideen mit Spiel, Spaß und Erleben.

Pfiffikus - Reisen ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie von Reiseveranstaltern mit über zehn Jahren Erfahrung bei der Gestaltung und Durchführung von Klassenreisen.

Basisleistungen in allen Reisen inklusiv!
* Jeder 10. Platz frei
* Wahlessen
* Rettungsschwimmer inkl.
* Reisekostenrücktrittsversicherung inkl.
* Nachmittags Kuchen inkl.
* Lunchpaket bei Busausflügen inkl.
* Tolerante Stornoregelung inkl.
* Ganztägige Getränkeversorgung (Icetee, O-Saft, Wasser) inkl.

Pfiffikus Reisen

Fordern Sie kostenfrei und unverbindlich unseren Prospekt an!
Pfiffikus-Reisen, pfiffikus@t-online.de, **www.pfiffikus-reisen.de**,
Tel: 0800 - 55 777 55 (gebührenfrei!), Tel: 030 - 543 79 111,
Tel: 0 33 35 - 4 51 88 16, Fax: 0 33 35 - 4 51 88 20

Viel Spaß mit Pfiffikus-Reisen!

www.Grundschulfahrten.de
Spezialangebote für Berliner Grundschulen
jede 11. Person frei
welcome berlin tours
Der Neue Prospekt online oder unter freecall: 0800 4433930

BUTTON MASCHINEN
GRAPH DRUCKULA e-mail: info@graph-druckula.de
VERLEIH · VERKAUF · PRODUKTION
Buttons entwerfen per Mausklick!
Anleitung herunterladen, Button selbst gestalten, gewünschte Auflage drucken, Buttonmaschine ausleihen und los gehts... **Ideal für Schulfeste, Kunstunterricht, bei der Jugendarbeit, Basaren, Vereinsfesten.**
Lassen Sie sich Ihre Maschine rechtzeitig reservieren!
www.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin Kreuzberg
Fon (030) 694 016 20
Fax (030) 694 016 25

Vereins- & Schul-T-Shirts
ab 25 Stück
3,95 € pro Shirt
1 Seite bedruckt
Gestaltung kostenlos
Menge: ab 100 Stück
Druck: schwarz
T-Shirt: weiß
Andere Farben und Auflagen auf Anfrage!
INSIGNUM WERBEAGENTUR
Tel. 030-755 16 950 Fax - 955

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

italiacasale
FERIENHÄUSER | AGRITURISMO | HOTELS
www.italiacasale.de | 030.30820408
Manteuffelstr.5a | 12203 Berlin

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Wohnen in Lichtenberg, in der Wohnung für den besonderen Anspruch

[So läßt es sich PRIMA wohnen]

Treten Sie ein und fühlen Sie sich **wie in Ihrem eigenen Haus.** In unserer hellen und geräumigen ehemaligen 5-Zimmer-Diplomatenwohnung lebt man sehr großzügig. Allein das Wohn-/Eßzimmer bietet fast 26 qm Platz und am großen Eßplatz kommt es auf zwei oder drei Gäste mehr nicht an.

Selbstverständlich läßt die Wohnung auch eine separate Bibliothek oder ein Arbeitszimmer zu. Dieser Großzügigkeit angemessen ist der Flur-/Eingangsbereich, das große Schlafzimmer, zwei Bäder mit Fenstern, der große Balkon, die Küche mit Fenster, das Kinder- und Gästezimmer sowie die Abstellkammer – was will man mehr?

Fast alle Zimmer sind separat. Genießen Sie die lauen Nächte auf dem großen Balkon. Überzeugen Sie sich selbst und **vereinbaren Sie einen Besichtigungstermin. Wir freuen uns auf Sie. Ihr Ansprechpartner: Herr Zander, Tel.: 0172-646 52 17**

Vermietungsbüro: Mellenseestraße 61 · 10319 Berlin
Öffnungszeiten: Di 15-19 Uhr | Do 15–18 Uhr | So10-12 Uhr

5-Zimmer-Wohnung Mellenseestraße

Fläche:	Miete:
ca. 154 qm	**ca. 949 €** bruttowarm

PRIMA Lichtenberg
Franz-Jacob-Straße 4
10369 Berlin

PRIMA Lichtenberg

Besichtigung der **PRIMA-Wohnung 0800-800 77 462** kostenfrei · www.prima-wohnen.com

Darlehen supergünstig *1) nominal **2,50%** ab **2,90%** effektiver Jahreszins

35-jährige Beraterkompetenz — **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** — Vorortberatung wählbar alles kostenfrei

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 14 Jahre Lfz., bei 30.000,– €, mtl. *313,– €, bei 60.000,– €, *623,– € Rate, jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Lfz. 5,50%, eff. Jahreszins 6,01%, b. 14 Jahre, bei Lfz. 12 Jahre eff. Zins ab 5,99%, max. Lfz. 20 Jahre. Kürzere Lfz. bei Gewinnanteilsverrechnung. *1) Extradarlehen nominal 2,50% ab 2,90% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, 10 Jahre fest, eff. Jahreszins ab 3,20%. Beleihung bis 100%.

www.ak-finanz.de — AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen — Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09 — Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

KLASSEnREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 • 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

Herbst - Sonderreise

Apulien: auf historischen Spuren durch das Land der Trulli und Staufer

Und andere Ziele: Kenia, Südafrika, Vietnam, Zypern...

www.koegelreisen.de

Lothar Kögel Studienreisen — 12207 Berlin, Hartmannstraße 30 — Tel. 771 30 10, Fax 771 30 133

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		10-Tage-Busreise z.B. nach	
Wien	ÜF 192,– Euro	**Südengland**	Ü 213,– Euro
Budapest	ÜF 192,– Euro	**Toskana**	Ü 202,– Euro
London	ÜF 254,– Euro	**Südfrankreich**	Ü 230,– Euro
Prag	ÜF 199,– Euro		
Paris	ÜF 224,– Euro		
Rom	ÜF 238,– Euro		

(Unterbringung in Selbstversorger-unterkünften)

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de

Verlockende Reisen

Marokko Wanderkarawane ab 1650 €
Gomera Wandern & Relaxen ab 1249 €
Buchen Sie Sonne & Schnee – bei uns gibt es auch den neuen Darjeeling Tee. Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin
Bundesallee 115 — 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 — Fax 8 52 40 71

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20
pkr-bus@bln.de

Klassenfahrt auf Bauernhof/Reiterhof
i.d. Lüneburger Heide mit vielen Tieren wie Ponys, Pferde, Heidschnucken, Katzen, Hunde, Kaninchen und ein Esel. Große Spielwiese mit Lagerfeuer, Naturfitness, Fußball, Basketball, Tischtennis, Billard, Reitplatz, Reithalle, Bootfahren und Baden in der Ilmenau. Platz für 34 SchülerInnen.
Mo. - Fr. 100 Euro ohne Reiten, 140 Euro incl. 4 Reitstunden u. Ausritt. Wochenende Fr. - So. 60 Euro o. Reiten. Preise beinhalten Vollverpflegung u. Getränke. DVD anfordern!

Bienenbüttel Tel. 0 58 23 73 67
www.hoflust.de
Plätze frei für September 2005

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)
direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 51 € für 4 Nächte incl. Programm und HP. Veranstaltungs- und Seminarräume für bis 200 Personen.
Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69,
jgh.oha@t-online.de,
Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH
CTS · Herforder Straße 75 · 32657 Lemgo
Tel. 05261/2506-0 · Fax 05261/16300
E-mail: info@cts-reisen.de
Internet: www.cts-reisen.de

Lee Valley
Top Unterkunft nahe London
4 Tage ab € 169 inkl. HP
www.cts-reisen.de

info@agaria.de
www.agaria.de

PRAHA Ab 49,99 € 4 Ü/F

Unsere Vorteile für Sie:
- Kostenlos: Ihr 20seitiger Reiseplaner Prag!
- Ein tschechisches Team betreut Sie rund um die Uhr!
- Individuelle Programmgestaltung nach Ihren Wünschen!
- Eigenes Büro und Hotel in Prag!
- Nur bei uns: Sie zahlen erst nach der Fahrt!

AGARIA TOURS — FACHVERANSTALTER FÜR STUDIENREISEN IN DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK & SLOWAKEI
Radek Byšek - Steintorweg 9 - 20099 Hamburg
Telefon 040/280 95 90 - Telefax 040/280 95 9-13

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

propolis BAUGESELLSCHAFT MBH

ZIMMEREI
Neubau • Umbau • Altbau
Hausschwammsanierung

MAUREREI
Putz- u. Stuckarbeiten
Denkmalpflege • Sanierung:
Balkon, Keller, Schornstein

INNENAUSBAU
Holzfußböden
Kleinreparaturen
Schimmelpilzsanierung

INGENIEURBÜRO
Statik • Bauphysik • Gutachten ...

Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

Propolis Farbenladen 615 24 64
Mo.-Fr. 10-18 Uhr

www.SUPERKLASSENFAHRTEN.de
Klassenfahrten deutschland-& europaweit:
jede 11. Person frei
Der Neue Katalog online oder unter freecall: 0800 4433930
welcome berlin tours

12. SEPT.	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 34
	18.00 Uhr	**FG Sonderpädagogik**	Raum 47
13. SEPT.	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendh., Sozialarbeit**	Raum 33
	19.00 Uhr	**Abt. Berufsbildende Schulen**	Raum 32
14. SEPT.	10.00 Uhr	**Seniorenausschuss**	Raum 47
	14.00 Uhr	**AG Altersversorgung**	Raum 47
15. SEPT.	17.00 Uhr	**Arbeitslose in der GEW**	Raum 34
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 32
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 31
19. SEPT.	17.30 Uhr	**AG LehrerInnenbildung**	Raum 47
	18.00 Uhr	**FG Sozialpäd. Bildung: Wahl LDV-Delegierte!**	Raum 34
20. SEPT.	16.00 Uhr	**AG Polen**	Raum 33
	18.00 Uhr	**Lehramtsinitiative**	Raum 33
22. SEPT.	17.00 Uhr	**Wahl-MV Arbeitslose**	Raum 31
	18.30 Uhr	**Landesstudierendenausschuss**	Raum 33
27. SEPT.	19.00 Uhr	**Landesausschuss Multikulturelles**	Raum 34

BILD DES MONATS

GRAF DRUCKULA

GEW-REFERENDARIATSTAG 2005

Der Tag für Lehramtsanwärter/innen:Raus aus dem Stress, nachdenken, diskutieren und streiten über das Referendariat, den Schulalltag und die Berufsperspektiven. Erfahrungen austauschen und neue Ideen entwickeln...

Donnerstag, 29. September

9 bis 16 Uhr im GEW-Haus. Programm, Anmeldeformalitäten unter http://www.gew-berlin.de/referendariat

INFO-VERANSTALTUNG ZUM REFERENDARIAT 2006

Infos über die aktuelle Einstellungssituation, das Auswahlverfahren, den Ablauf des Referendariats sowieTipps zum Geld, zur Krankenversicherung u.a.

Montag, 10. Oktober um 16 Uhr im GEW-Haus

GEW-FORUM: NEUGESTALTUNG DES REFERENDARIATS

Mit Thomas Härtel (Staatssekretär, Senatsbildungsverwaltung) und Rose-Marie Seggelke (Vorsitzende der GEW BERLIN)

Mittwoch, 16. November um 18 Uhr im GEW-Haus

PRAKTISCHE UND RECHTLICHE FRAGEN BEIM BERUFSEINSTIEG

GEW-Seminar für neu eingestellte Lehrkräfte

Mittwoch, 9. November von 16 bis 20 Uhr

im GEW-Haus (Anmeldung erforderlich). Programm unter http://www.gew-berlin.de/berufseinstieg.htm

FACHTAGUNG: VON DER INTEGRATION ZUR INKLUSION

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gehören auch in der Schule dazu.

12. November von 9 bis 17 Uhr

Ort: Kleisthaus, Mauerstraße 13 in Mitte. Programm und Anmeldeformular im GEW-Haus und unter www.gew-berlin.de Kostenbeitrag inklusive Verpflegung: 20 Euro